

Stückpreis 75 Pf., monatlich 3.20 M.  
(haben 87 Pf., monatlich für Abhe-  
lung ins Haus) im Voraus zahlbar,  
Vorauszahlung 2.97 M., einschließlich 50 Pf.  
Vorauszahlung und 72 Pf. Postgebühren.  
Einsendeschonung 1.55 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Drucklohnposten 4.65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal. Die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Vorbild“, illustrierte Samstagsausgabe  
„Wolff und Feil“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsch. Zöndhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Verkehrs-Konto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angehörigen und  
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. G. u. Völk. - Verl., Spandauer Str. 65-66.

Die „Vorwärts“-Wahlzettel 20 Pf.  
Stückpreis 2. — M. „Kleine An-  
zeigen“ das fertige Blatt 20 Pf.  
einschließlich des fertigen Blattes, jedes  
meistens 10 Pf. Abzug 11. Tarif.  
Über 15 Buchstaben zahlen für  
zwei Worte. Rechtsmarkt-Wahlzettel  
20 Pf. Familienanzeigen 20 Pf.  
Wahlzettel 16 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäft Einbruch 2.  
monatlich von 8<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-  
rechnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

# Frauen, wehrt euch!

## Der Faschismus ist euer schlimmster Feind.

Adolf Hitler buhlt jetzt in Reden und Plakaten um die Stimmen der Frauen. Wer denkt da nicht an die Geschichte, wie der Fuchs den Hühnern predigt!  
Der Faschismus, der die Stimmen der Frauen haben will, ist der schlimmste Feind der Frauen.  
Jetzt sagt Hitler: „Die Frau soll die Kampfgenossin des Mannes sein!“ Aber wie sagte doch vor kurzem sein Parteigenosse Goebbels? Die Aufgabe der Frau sei nur „schön zu sein und Kinder zu kriegen“. Und Feder, der Theoretiker der Nazis, sagte es noch besser: Sie soll „wieder Magd und Dienerin werden“.

Und wie predigt ein anderer Nazitheoretiker Pöbber Väng in seiner Abhandlung über den Nationalsozialismus? „Der Nationalsozialismus lehnt alle Gleichberechtigung als unmoralisch ab. Es gibt somit für ihn keine Frauenfrage, da er die Frau nicht als gleichberechtigte Wettbewerberin dem Manne gegenüberstellt, ja schon die bloße Frage nach Gleichberechtigung als kindlos und daher als nicht beantwortbar verachtet, sondern die Frau als ein Wesen betrachtet, das ihm die von der Natur ergebene biologische Aufgabe zu erfüllen hat...“  
Hitler selbst hat noch vor zwei Jahren eine ganz bestialische Rasse- und Geschlechtertheorie vertreten, indem er auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP erklärte: „Würde Deutschland jährlich 1 Million Kinder bekommen und 700 000 bis 800 000 der schwächsten beseitigen, dann würde am Ende das Ergebnis vielleicht sogar eine Kräftesteigerung sein...“

Kann es eine Frau mit ihrer Würde, mit ihrem Gefühl der Mütterlichkeit vereinbaren, diesem Prediger des Kindermordes ihre Stimme zu geben?  
Der Reichsführer der SS (Schutzstaffel), der Reichstagsabgeordnete Himmler, hat tatsächlich ein „Rasseamt“ eingerichtet, ohne dessen Zustimmung ein SS-Mann nicht heiraten darf. Nach Punkt 4 seines Befehls wird „die Heirat genehmigt einzig und allein nach rassistischen und erbgenehmigten Gesichtspunkten erteilt oder verweigert“. So ist das sogenannte Dritte Reich eine Zuchtanstalt für die „nordisch-germanische Edelrasse“, und die Frauen haben nur noch einen biologischen Zweck als Zuchtmaterial zu erfüllen.  
Die Nazis mögen solche Ansichten haben und vertreten! Aber dann noch die Stimmen der Frauen zu verlangen — ist das nicht eine ganz schamlose Frechheit?

Frauen, sorgt dafür, daß alle eure Mitschwester die Wahrheit erfahren und am 10. und am 21. April dementsprechend handeln. Denn jede Frauenstimme für Hitler ist eine Schande und eine Selbstentwürdigung!  
„Kein Chaos, keine Inflation, keinen Bürgerkrieg!“ schreien die Haltenkreuzplakate. Das ist schon wieder der Reineke Fuchs, der Buße tut und kein Fleisch mehr ist! Haben diese schamlosen Heuchler nicht die Geldtheorie Gottfried Feders — das verächtliche Fiedergeld — zu ihrem Programm gemacht? Und warum bekämpfen sie die Sozialdemokratie? Nicht etwa deshalb, weil die Sozialdemokratie den Frieden erhalten will? Und beweisen nicht die von Severing veröffentlichten Dokumente,  
daß sie sich eine Bürgerkriegsarmee geschaffen und den Bürgerkrieg bis in alle Einzelheiten vorbereitet haben?  
Eine Frau, die es über sich bringt, Hitler ihre Stimme zu geben, macht sich mitschuldig an vergoffenem Blut!  
Die Nationalsozialisten — und in gleichem Maße auch die Kommunisten — haben eine Verrohung in das deutsche öffentliche Leben gebracht, die eine nationale Schande ist. Welche Frau kann es kaltherzig hinnehmen, daß fast an jedem Tag sechzehn, achtzehn und zwanzigjährige junge Menschen einander mit Pistolen und Dolchen zu Leibe gehen, weil sie verschiedene politische Meinungen haben?  
Eine Frau, die diesen grauenhaften Zu-

ständen ein Ende machen will, darf niemals einem Nazi oder Kommunisten ihre Stimme geben!  
Die Nationalsozialisten schließen, soweit es auf sie ankommt, die Frauen von der öffentlichen Betätigung aus. In ihrer Reichstagsfraktion, in ihren Landtagsfraktionen sieht keine einzige Frau! Freilich müßte sich auch jede deutsche Frau schämen, einer solchen Gesellschaft anzugehören, die die Volksvertretungen für jede praktische Arbeit unbrauchbar macht und sie nur noch als Tummelplatz für wüste Radau- und Tumultszenen gelten läßt!  
Die Not, die die Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus über die Welt gebracht hat, ist furchtbar. Die Frauen tragen sie am schwersten. Sie müssen aber auch begreifen,

daß nur die methodische sozialistische Aufbau- politik der Sozialdemokratie einen Ausweg aus ihr eröffnet.  
Die Sozialdemokratie hat den Frauen ihre Rechte gegeben. Die Sozialdemokratie kämpft für mehr Arbeitsgelegenheit, bessere Löhne, für Wiederaufbau der sozialen Errungenschaften.  
Wehe dem deutschen Volk, wehe den Frauen, wenn sie sich durch ihre Verzweiflung dazu verleiten lassen, den faschistischen Betrügnern zu folgen!  
Nationalsozialismus heißt:  
Entrechtung und Entmündigung der Frau!  
Kriegsgefahr! Inflation! Bürgerkrieg!

Frauen, schlägt Hitler! Wählt am 10. April Hindenburg, am 24. April Braun-Severing!

## Brüning stäupt Hitler.

Der Reichkanzler gegen die nationalsozialistische Demagogie.

Erfurt, 6. März.

Reichkanzler Dr. Brüning sprach am Donnerstagnachmittag in Erfurt in einer großen Wahlversammlung im Reichshallen-Theater. Seine Rede wurde, da der Saal die Tausende von Hörern nicht fassen konnte, durch Lautsprecheranlage in den Gärten des Lokals und nach drei anderen Sälen in der Stadt übertragen.  
Der Reichkanzler wandte sich der Agitation der Nationalsozialisten zu und erklärte: Wenn man Millionen von Menschen in das Reich der Träume reiße, so müsse es bei den Anhängern dieser Partei später einen Rückschlag geben, dem seine Staatsgewalt mehr Herr werden würde. In Stuttgart und in Baden habe er Flugblätter gesehen, in denen behauptet worden sei, die Reichsregierung dränge nach schneller Entscheidung aller Wahltermine, weil sie beabsichtige, sofort eine neue Notverordnung zu erlassen. Hinzugefügt sei: Die Kaiserordnungen haben keinen anderen Zweck, als neue Not in Deutschland zu schaffen. Mit erhobener Stimme erklärte der Kanzler:  
Ich muß mich auf das entschiedenste hiergegen und gegen den Geist der Leute wenden, die solche Flugblätter verteilen, um so mehr, als Hitler selbst erklärt hat, er denke nicht daran, etwa gleich alle Notverordnungen aufzuheben oder gar den Versailles Vertrag zu zerreißen.

begonnen haben, und deren Weg allmählich an den Punkt herangeführt haben, wo schwerste Entscheidungen nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa bevorstehen, überhaupt durchzuführen und eine Garantie zu bieten, daß in den nächsten Monaten auch Erfolge nach dieser Richtung hin erzielt werden könnten.  
Wehe dem, der ein Experiment mit einer Währung macht in einem Lande, das eine Inflation ohne Gleichen durchgemacht hat. Will man die Währung im Interesse des gesamten Volkes unbedingt stabil halten,  
dann kann man nicht mit Versprechungen arbeiten, wie Herr Hitler, sondern man muß das harte, Notwendige tun.

Und wenn Herr Hitler sich in Dresden dagegen vermahnt hat, er wolle ja gar keine Inflation und wenn man von der Binnenmarkt oder vom Fiedergeld spricht, so ist das alles nichts anderes als ein Deckname für eine verkappte Inflation. Ich halte meine Behauptung aufrecht: Wenn die Nationalsozialistische Partei auch nur 5 Proz. ihrer Versprechungen wahr machen wolle, dann würde das Gebäude der deutschen Mark innerhalb 14 Tagen und die Mark würde überhaupt ins Bodenlose hinunterstinken. Ein Volk, das zur Freiheit und Gleichberechtigung kommen will, muß noch härter und stärker Illusionen und Phrasen ablehnen, als ein Volk, das sich auf der Höhe der Macht befindet.

Zu einem Politiker sei eben manches erforderlich, was über Versprechungen und Phrasen hinausgeht. Glücklicherweise sei uns in dem Reichspräsidenten von Hindenburg ein Mann gegeben, der alle Dinge klar und einfach sieht und der dem Ausdruck eines unserer größten Deutschen „Mehr sein als scheinen“ besser gerecht werde als die Politiker der Kompliziertheit. Unsere Entsetzungen es eines Tages nicht verstehen können, daß es bei dieser Reichspräsidentenwahl einen zweiten Wahlgang gegeben hat.

Der Kanzler ging dann zu den Verhandlungen mit Hitler und Hugenberg über und erklärte, daß beide die Chance verpaßt hätten, die ihnen bei dieser Wahl geboten worden sei. Hitler habe sich in den Schlingen eines Mannes gefangen, der ihm zumindest an politischer Raffinerie und Taktik weit überlegen sei. Es müsse dahin kommen, im Interesse der deutschen Außenpolitik, der deutschen Wirtschaft und des finanziellen Ansehens, daß Reichspräsident von Hindenburg am nächsten Sonntag

eine viel größere Stimmenzahl erhalte als zuvor: vor allem aber in den Gebieten, wo er bislang noch im Verzuge gewesen sei. Dies sei eine Ehrensache.

Der Reichkanzler appellierte vor allem an die Frauen, zur Wahl Hindenburgs beizutragen.  
Nach Beendigung der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede begab sich der Kanzler nach in die Nebenversammlung, um auch dort noch einmal zu sprechen.  
Um 16 Uhr sprach Dr. Brüning in Weimar.

**Eiserne Front**  
morgen  
6 Uhr abends  
**Lustgarten**  
Es spricht  
**Hans Vogel**

## Der dunkelste Punkt.

Wer finanziert die Putscharmee Hitlers?

Das Material über die Putschvorbereitungen der Nationalsozialisten läßt den Umfang der braunen Armee des Herrn Hitler und die Größe ihres technischen Apparates einigermaßen erkennen. Dieser Umfang ist so erheblich, daß sich sofort die Frage ergibt: wer bezahlt diese Privatarmee?

Die Offiziere dieser Privatarmee, und es ist eine stattliche Anzahl, sind ziemlich hoch bezahlt. Auch die SA-Leute verursachen Kosten. Soweit sie kaserniert sind, müssen die Kosten für die Kasernen wie für die Verpflegung aufgebracht werden. Die kasernierten SA-Leute erhalten neben der Erwerbslosenunterstützung, die ein großer Teil von ihnen bezieht, noch Löhnung. Für die nicht kasernierten SA- und SS-Leute wird ein Entschädigungsatz bezahlt, wenn sie „Dienst haben“. Dazu treten die Kosten des militärischen Apparates vom Stab im Braunen Hause bis zu den Stürmen herunter, die Kosten der Verbindungen usw.

Dafür sind gewaltige Beträge erforderlich. Wir schätzen, daß monatlich zur Finanzierung der braunen Armee mehrere Millionen Mark benötigt werden. Daneben laufen die großen Ausgaben der NSDAP für die Wahlpropaganda. Die „Berliner Volkszeitung“ hat gestern mitgeteilt, daß für den zweiten Wahlgang die NSDAP durch Vermittlung Thyssens drei Millionen Mark Industrieerträge erhalten habe. Eine derartige Subvention würde jedoch noch nicht entfernt genügen, um die braune Armee zu finanzieren.

So erhebt sich die Frage: welcher Geldgeber ist in der Lage, eine Putscharmee von solcher Ausdehnung zu finanzieren? In wessen Tasche steht die braune Armee Hitlers? Wo kommen mitten in der schwersten Krise, deren Kennzeichen Kapitalmangel ist, die Kapitalien her, die in diesem Putschunternehmen investiert worden sind, und welche Hoffnungen knüpfen die Geldgeber an diese Putscharmee?

Es wäre eine Aufgabe der Untersuchung beim Reichsgericht, diesen dunkelsten Punkt im nationalsozialistischen Putschreiben aufzuhellen!

## Hitlers Verantwortung für die Putschpläne.

Wien, 6. April. (Eigenbericht.)

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt zu dem Ergebnis der Hausungen bei der NSDAP:

„Wer, unabhängig von Verfassungen, Parteigruppierungen und „Systemen“, die moderne Staatsidee befaßt, muß folgerichtig zu dem Schluß kommen, daß Dinge, wie sie nach den Hausungen in Preußen festgestellt worden sind, in Deutschland unter feinen Umständen geduldet werden können, soll die Nation nicht innenpolitisch, außenpolitisch und wirtschaftlich in die größte Gefahr geraten. Wir wissen nicht, in welchem Umfang die Führer der Nationalsozialistischen Partei im einzelnen für alle diese Geschehnisse haftbar verantwortlich zu machen sind, hürten aber wohl auf die Erklärung Hitlers hinweisen, daß nichts in seiner Partei geschehe, von dem er keine Kenntnis habe. Sicherlich kann sich an den Kändern einer großen Partei manches ereignen, was den Verantwortlichen entgeht. Hier aber handelt es sich um Enthüllungen von solchem Umfang, daß die Führer der Nationalsozialistischen Partei wohl kaum behaupten werden wollen, ihnen sei die Tätigkeit der einzelnen Organisationen unbekannt. Im Gegenteil: alles spricht dafür, daß die Maßnahmen der Partei einen zentralen Charakter tragen. Die öffentliche Sicherheit narlangt in dieser Stunde, daß gegen alle Versuche, den Staat zu untergraben, sich illegale Machtbefugnisse anzumahnen, nachdrücklich eingeschritten wird. Die Entschuldigung, man habe lediglich gegen das andere System mobilisieren wollen, kann die Staatsautorität nicht gelten lassen, denn für die Aufrechterhaltung der Ordnung ist der Staat allein verantwortlich. Wir brauchen keine Privatarmee. Wir leben im 20. Jahrhundert und nicht im Mittelalter. Welche Maßnahmen im einzelnen notwendig sein werden, soll hier nicht näher untersucht werden. Von der Untersuchung des Oberreichsanwalts wird wohl die Entscheidung abhängen. Verschwänden aber müssen die illegalen Versuche, die Souveränität des Staates zu zermürben.“

## Wahn.

Hitler, der Retter Ostpreußens, der wahre Sieger von Tannenberg.

Man liest im „Angriff“ von gestern abend die folgenden fetten Schlagzeilen:

- „Wolff Hitler schützt Ostpreußen gegen Polen.“
- „Hitler bei seinen Ostpreußen.“
- „Königsberg grüßt den Retter Ostpreußens.“

Das ist nicht der Servilismus journalistischer Lakaien Hitlers, das ist vielmehr der schon ans Pathologische grenzende Größenwahn Hitlers selbst. Den Beweis liefert die Rede, die Hitler in Königsberg hielt:

„Der Reichskanzler wird am Sonnabend in Königsberg wohl reden über die Verteidigung der deutschen Grenzen im Osten. Ich würde, wenn ich Reichskanzler wäre, hier nicht über die Rettung des deutschen Ostens sprechen, da es keine Rettung gibt, wenn wir Deutschland nicht vor den regierenden Parteien retten. Man muß dem Kanzler zuhören: „Wenn du Ostpreußen schützen willst, dann schütze es in Berlin!“ Aber den Kanzler treiben ja nicht Sorgen um die deutschen Grenzen hierher, sondern die Sorge um die Parteien.“

Was hat der Oesterreicher Hitler mit „seinen“ Ostpreußen zu tun? Wann hat er Ostpreußen gerettet und vor wem? Jetzt wird ein großes Geheimnis enthüllt: es war ein Verstum, wenn die Welt früher geglaubt hat, daß Hindenburg bei Tannenberg gesteckt habe. In Wahrheit war es nicht Hindenburg, sondern Adolf Hitler, der im strengsten Inkognito die Schlacht geleitet und Ostpreußen gerettet hat! Wir erwarten eine ausführliche Darstellung davon im „Angriff“!

Die unglückliche Beleidigung gegen den Reichskanzler, die in den dreifachen Worten des Maulhelden Hitler liegt, wird, wie wir annehmen, vom Reichskanzler an Ort und Stelle eine gebührende Zurückweisung finden.

Im übrigen genügt es, darauf hinzuweisen, daß die Militärorganisation des Mannes, der sich selbst als Retter Ostpreußens bezeichnet, unter dem dringenden Verdacht des Landesverrats im deutschen Osten steht!

# Hitlers Legalität wieder vor Gericht

Naziframpf mit „einstweiligen Verfügungen“.

Die erste gerichtliche Würdigung des Naziframpes, das am Dienstag der preußische Innenminister Seering gegen den Dessenklüppel übergeben hatte, erfolgte am Mittwoch vor dem Amtsgericht Kiel. Zur Verhandlung stand der Antrag Hitlers gegen den Hauptkristalleiter der Kieler „Volkszeitung“ Wurbs, dem durch Gerichtsbeschluss verboten werden soll, zu behaupten, daß Hitler den Bürgerkrieg vorbereitet habe, Putschanweisungen erlassen und den Führern der SA befohlen habe, Waffen und Lebensmittel zu requisieren und bei der Besetzung öffentlicher Gebäude auch die Rassen mitzunehmen. Das Urteil wird am Donnerstag verkündet.

Der Beklagte betonte, daß ihm der Legalitätschwur Hitlers in dem Prozeß gegen die Hitler-Wehrführer durchaus bekannt sei. Ihm seien aber auch die zwei Entscheidungen des vierten Strafsenats des Reichsgerichts vom Februar und September 1931 bekannt, in denen die Illegalität mindestens eines Teils der Nationalsozialisten festgestellt worden sei. Bekannt sei ihm auch die Erklärung Hitlers im Februar 1931 zu München, daß in seiner Partei nichts geschehe, was er nicht wisse und wünsche. Daran müsse man denken bei der Beurteilung des Vorheimers Dokuments, dessen Verfasser sich noch heute der Protektion Hitlers erfreue und vor allem bei der Beurteilung des Materials über die Ergebnisse der Hausungen in Preußen und in Bayern. Hitler möge sich durch seine Erklärung ohne weiteres verantwortlich für alles, was in seiner Partei geschieht. Er sei infolgedessen auch verantwortlich für die Bürgerkriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten vor dem 13. März. Für jeden Publizisten entspreche nach den Enthüllungen des preußischen Innenministers die Frage, was mehr gelte: die von den Behörden beschlagnahmten Dokumente oder Hitlers Eid vor 1½ Jahren. Jede politische Schlussfolgerung aus amtlichem

Material werde unmöglich, wenn dem Antrag Hitlers stattgegeben werden sollte.

Die Behauptung Hitlers, daß er Legalitäten niemals in seiner Partei dulden werde, werde widerlegt einmal durch die Tatsache, daß die Verfasser der Vorheimers Blutdokumente noch heute unbestrittene Führer der Nazis seien, aber auch durch den Mörder Helnes, der sogar ein besonderes Parade Pferd der Nationalsozialisten sei. Nicht ein einziger der der Illegalität überführten Nazis sei bisher aus der Partei ausgeschlossen worden.

Diese Tatsache habe im Dezember 1931 den Reichskanzler bewegen, die Legalität der Nationalsozialistischen Partei zu bestreiten. Das gleiche machten jetzt die preußischen und bayerischen Minister, so daß gegen deren unbestreitbare Beweise alle Legalitätsbetuerungen Hitlers verschwinden. Hitler sei voll verantwortlich für die Vorbereitungen der Nazis zum Bürgerkrieg und sein Antrag sei deshalb abzulehnen.

Interessant war die Verteidigung des Anwalts von Hitler, der immer wieder aufregt sagte, daß die Nationalsozialistische Partei die Echtheit der Dokumente und die Wahrheit der Enthüllungen des Ministers Seering bestreite.

Wiel schwerer als alles wiege der Eid Hitlers, der am Dienstagabend von Berlin aus eine weitere eidesstattliche Erklärung übermittelt habe, in der es heißt: „Ich, der unterzeichnete Führer der NSDAP, Adolf Hitler, versichere folgendes an Eides Statt: ... Und nun erkläre er, daß die Angaben der „Kieler Volkszeitung“ über die Bürgerkriegsvorbereitungen falsch seien. Er sei legal, er bleibe legal und auch seine Partei sei legal.

Das Urteil über den Antrag wird am Donnerstag verkündet.

## Wann hört das auf?

SA-Generalappell in der Grenzmark.

Schneidemühl, 6. April. (Eigenbericht.)

Wie Hitlers Privatarmee der Deutschen Republik auf der Rufe herumläuft, wurde in der nördlichen Grenzmark wieder einmal erwiesen. In Prähnenwalde, Kreis Schlochau, fand am Sonntag ein regelrechter Generalappell der gesamten nordgrenzmärkischen SA statt. Auf dem Gute einer Frau Weise, bei der sich seit geraumer Zeit der SA-Führer Marx aufhält, wurden die Sturmabteilungen planmäßig zusammengezogen. Mit Motorrädern, Lastautomobilen, Personautos wurden die Mannschaften herangeschafft. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, war dieser Transport nicht genehmigt. Die einzelnen Trupps waren in bekannter Weise ausgerüstet, das Gut war durch regelrechte Posten gegen Unbefugte gesichert. Eine auf dem Gute liegende große Scheune war vorher ausgeräumt worden. Im nahegelegenen Dorf waren bis in die späte Nacht vom Gut herüberhallende Kommandorufe und Trommelwirbel zu hören. Von einzelnen Teilnehmern erkuhrt man nachher, daß es sich um einen großen Generalappell gehandelt habe, um die Brauchbarkeit der zusammengezogenen gesamten rund 300 Mann starken SA für den „Einsatz“ festzustellen. Das Treiben der Nazijorden wird hier im Grenzgebiet täglich un-erträglich. Führer der Sturmabteilung in der Grenzmark Marx ist Reichstagsabgeordneter Rache. Dieser soll auch den „Appell“ abgehalten haben.

## Alles ganz legal!

Stuttgart, 6. April. (Eigenbericht.)

Die in Reutlingen erscheinende sozialdemokratische „Freie Presse“ teilt mit, daß in Reutlingen am 11. März in der Autogarage eines bekannten Mitglieds der Nazis Tafeln mit der Aufschrift „Brüder! Nicht schlafen!“ in der Größe von 60 bis 80 Zentimeter so fertig gemacht worden sind, daß sie entweder getragen oder auf Wagen befestigt werden konnten.

Das württembergische Landesorgan der Zentrumspartei berichtet von folgendem Vorgang aus einer württembergischen Gemeinde: „Einen Tag vor der Reichspräsidentenwahl, ein paar Bürger, darunter der Gemeindepfleger, beim Schoppen, als ein junger Naziführer, Raffe des Gemeindepflegers, auf diesen zutraf mit den Worten: „Ansel, jetzt hast du noch drei Tage Zeit; wenn du dich nicht unserer Sache anschließst, wirst du und der Schulbeiß abgesetzt. Schulbeiß wird der S. und für deinen Posten ist der H. vorgezogen, also überleg es dir.“

Dieser Vorgang ist kennzeichnend dafür, daß die Nazis zum 13. März überall die „Posten“, von denen man sich eine Nachausführung versprochen zu können glaubte, unter ihre Gefinnungsfreunde aufgeteilt hatten.

## Klagges unterdrückt Reichsbanner.

Nur die Nazis dürfen alles.

Braunschweig, 6. April. (Eigenbericht.)

Die Eisene Front der Stadt Braunschweig hatte dem Volkspräsidium mitgeteilt, daß sie die Absicht habe, drei Schnell-Lastwagen mit Reichsbannerleuten zu bemannen, die Werbefahrten für den Reichspräsidenten von Hindenburg durch die Straßen der Stadt unternehmen sollten. Das Volkspräsidium hat die Ausrüstung dieser Wagen unterjagt, trotzdem die Nationalsozialisten seit Monaten mit solchen Wagen unterwegs sind. Die Wagen der Nazis werden auch als Ueberfallswagen benutzt. Die Polizei gibt an, von den Fahrten der Nationalsozialisten offiziell keine Kenntnis zu haben, obgleich die gesamte Einwohnerschaft der Stadt Braunschweig als Zeuge aufgeboten werden könnte.

## Ein energischer Trennungsschritt.

Reichswehr bonfittiert einen Eugenbergs-Offizier.

Der Vorsitzende des Nationalverbandes Deutscher Offiziere, Landesverband Thüringen, und das geschäftsführende Vorstandsmittelglied des Landesverbandes Thüringen der DVB, Oberstleutnant a. D. Fleischhauer, hat am 4. März an den Sohn und persönlichen Adjutanten des Reichspräsidenten von Hindenburg einen offenen Brief gerichtet, in dem Hindenburgs Sohn u. a. gefragt wurde, ob er es zulassen wolle, daß der Name Hindenburg eines Tages in der Geschichte als der Name des Mannes bezeichnet werde, der trotz eideistern Willens Deutschland in den Abgrund führte.

Der offene Brief hatte damals eine Erwiderung von zuständiger Stelle zur Folge, in der es hieß, daß das Schreiben eine Reihe längst widerlegter Unwahrheiten über den Reichspräsidenten und seine Ansführung wiederhole.

Kunmehr richtete der Chef der Heeresleitung, Freiherr von Hammerstein, an die in Erfurt stationierte 3. Kavalleriedivision unter Hinweis auf diesen offenen Brief folgendes Schreiben:

„Der Brief enthält unerhörte Unterstellungen und Anwürfe, die sich gegen den Herrn Reichspräsidenten-Generalfeldmarschall, unseren obersten Befehlshaber, und seinen Adjutanten richten. Die in dem Brief zutage tretenden Auffassungen stehen im schrillem Gegensatz zu den Anschauungen, wie sie im alten Heer Geltung hatten und wie sie von der neuen Wehrmacht übernommen sind und gepflegt werden. Ich befehle, daß jeglicher Verkehr mit dem Oberstleutnant a. D. Fleischhauer abzubrechen ist. Derankstellungen, die mit Oberstleutnant a. D. Fleischhauer aufgenommen sind, sind zu vermeiden oder zu verlassen.“

Das ist ein sehr energischer Trennungsschritt, der dann auch ein Wirtelgeseit des Betroffenen und seiner Freunde hervorgerufen hat.

## Die Landesliste für Preußen.

Der Landeswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei für die Wahlen zum Preussischen Landtag am 24. April 1933 trägt folgende Namen:

1. Otto Braun, 2. Carl Seering, 3. Albert Grzesinski, 4. Adolf Grimme, 5. Otto Höring, 6. Gertrud Hanna, 7. Prof. Benno Chajes, 8. Willy Drügemüller, 9. Dr. Siegfried Rosenfeld, 10. August Schmidt-Bohum, 11. Josef Orlopp, 12. Josef Bang, 13. Efrida Rued, 14. Theodor Rogur, 15. Kriminalrat Klingelhöffer, 16. Fritz Bildung, 17. Alwin Siepers, 18. Julius Schwarz-Saarbrücken, 19. Maxine Wellmann, 20. Walter Reinhold, 21. Otto Schwarffwerdt, 22. Polizeibeamter Hildebrandt, 23. Karl Müller-Hamein und 24. Max Gilmmeister.

## Donaufonferenz beginnt.

Londoner Beratungen der vier Mächte.

London, 5. April. (Eigenbericht.)

Am Mittwochnachmittag fand die erste offizielle Sitzung der Viermächtekonferenz statt. Sie wurde um 17.30 Uhr beendet. Es wurden die Kollide der Donaufürder und die verschiedenen Möglichkeiten der Hilfe erörtert. Die Behandlung des Problems gruppierte sich um sieben Punkte.

Der erste Punkt betrifft die Frage, welche Länder als Donauländer in Sinne des Plans anzusprechen seien. Es sollen einbezogen werden Oesterreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Der zweite Punkt betrifft die Form, unter der die in Frage kommenden Länder aufzufordern werden sollen, miteinander Verhandlungen anzuknüpfen. Punkt drei bezieht sich auf die Zollpräferenzen, die sich die Staaten gegenseitig in Höhe von 10 bis 12 Proz. gewähren sollen. Der nächste Punkt bezieht sich auf das Verhältnis der übrigen Staaten zu dem Donaubund. Die anderen Punkte betreffen sich mit der Frage von Anleihen, und zwar empfiehlt Punkt fünf die sofortige Gewährung von kurzfristigen Anleihen an Oesterreich und Ungarn, der sechste die Konversion aller bestehenden Anleihen der fünf Staaten in eine einheitliche Anleihe mit niedrigerem Zinsfuß, und der siebente Punkt befaßt sich mit der internationalen Budgetkontrolle, mit welcher der Plan verknüpft ist.

Irgendwelche Ergebnisse sind bisher noch nicht erzielt. Man versucht, durch eine Aufforderung der Konferenz weiterzukommen und hat ein politisches Komitee eingesetzt, das die verschiedenen Seiten des Problems behandeln und in der für Donnerstag nachmittag angesetzten Haupt Sitzung berichten soll. Dieses Komitee ist jedoch mit der Konferenz weitgehend identisch. Außerdem werden die Regierungen einen Ausschuss von Finanzexperten, bestehend aus Beamten der Finanzministerien, zusammenzutreten lassen, um den Bericht des Finanzkomitees des Völkerbundes einem Studium zu unterziehen.

Die Arbeiten dieses Ausschusses stehen außerhalb der Konferenz und seine Arbeit wird länger dauern als die Konferenz tagt. Von englischer Seite wird Sir Fred Rothrop, der Wirtschaftsexperte der Regierung, in dieses Komitee entsandt. Daß die Konferenz schon am Donnerstag beendet sein wird, wie verschiedene englische Zeitungen am Mittwochnachmittag annehmen, ist sehr unwahrscheinlich.

Reuter erzählt von autoritativer Seite, daß die Konferenz einen sehr ermutigenden Verlauf genommen habe.

# Die Moskauer Todesurteile.

Rästel um Juda M. Stern.

In Moskau ist, wie schon gemeldet wurde, Juda M. Stern, der den deutschen Botschaftsrat von Twardowski durch Revolvergeschüsse ermordet hatte, zum Tode verurteilt worden. Nach europäischen Begriffen wäre für einen Mordverfälscher, wie er hier vorliegt, nur eine hohe Freiheitsstrafe in Frage gekommen, nicht die Todesstrafe. Das gleiche Urteil traf aber auch jenen geheimnisvollen Wassiljew, der auf Grund seiner eigenen Aussagen als der Anführer des Stern betrachtet wird. Wassiljew soll wiederum mit gewissen terroristischen Kreisen in Verbindung gestanden haben, deren Stützpunkt sich in Warschau befindet soll.

Außer dem Namen des geheimnisvollen Wassiljew ist bisher nur noch ein weiterer genannt worden, der des schon erwähnten Lubarski, um den ein reicher Kranz von Verbrechen gewunden worden ist. Nach deutsch-kommunistischer Behauptung soll dieser Lubarski polnischer Regierungsbeamter und Sozialdemokrat und eigentlicher Anführer des Attentats sein. Wer das Verhältnis der polnischen Sozialistenpartei zur Regierung Wisludski auf der einen Seite, zur Frage des individuellen Terrors auf der andern Seite kennt, dem ist die Unsinntigkeit dieser Behauptung von vornherein klar.

Wie wir der Wisludski-Regierung gegenübersehen, die die Gräueltaten von Brest-Litowsk und ungezählte andere auf dem Gewissen hat, brauchen wir nicht zu wiederholen. Sie in Schutz zu nehmen, falls sie bei dem Moskauer Attentat die Hand mit im Spiel gehabt haben sollte, hätten wir nicht den geringsten Anlaß. Objektiverweise muß jedoch festgestellt werden, daß für eine etwaige Komplizität der Warschauer Regierung auch nicht der Schatten eines Beweises vorhanden ist. Andererseits ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß politische Prozesse in Rußland nicht der Feststellung der Wahrheit dienen, sondern der Erzielung bestimmter politischer Effekte.

Was schließlich die Berliner „Rote Fahne“ über das Attentat zusammenschwindelt, ist so aberwitzig, daß es sogar den Moskauer Regisseuren zu dünn sein dürfte. Die „Rote Fahne“ erinnert nämlich im Zusammenhang mit dem Attentat an eine Reise Löbes nach Warschau und kommt zu dem Schluß, daß das Attentat auf den deutschen Diplomat das Werk der 2. Internationale und ganz besonders der deutschen Sozialdemokratie gewesen sei. Uns fehlt an dieser Beweisführung nur noch eines: Da die „Rote Fahne“ täglich schreibt, daß wir deutschen Sozialdemokraten die gehorsamen Knechte der Brüning-Regierung seien, so hat offenbar die deutsche Reichsregierung selbst auf ihren Botschaftsrat schießen lassen!

Man müßte sich wirklich für die Arbeiterklasse schämen, wenn es noch Arbeiter geben sollte, die den schmutzigen Blödsinn des kommunistischen Zentralorgans für bare Münze nehmen!

## Der amtliche Text des Urteils gegen Stern und Wassiljew.

Moskau, 6. April. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Das Urteil des Kriegskollegiums des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion gegen Stern und Wassiljew lautet:

Die gerichtliche Untersuchung hat ergeben: 1. Daß der polnische Bürger Wjasomlod Lubarski, der 1928 als polnischer diplomatischer Kurier aus Warschau nach Moskau fuhr, gemeinsam mit seiner Schwester Schelkowa Lubarskaja, Boris Lubarski, Leo Lubarski und anderen Personen eine kontrarevolutionäre terroristische Gruppe organisierte.

2. Tötete das Mitglied der Gruppe Leo Lubarski am 16. August im Auftrag dieser Gruppe in Moskau den Oberinspektor der Roten Arbeiter- und Bauernarmee Schaposhnikoff durch einen Revolveranschlag.

3. Wurde auf Grund der Untersuchung wegen der Ermordung Schaposhnikoffs ein Teil der Mitglieder der Gruppe festgesetzt und 1929 verurteilt, während die übrigen Mitglieder der Gruppe ihre kontrarevolutionäre terroristische Tätigkeit fortsetzten.

4. Beschloß die Terrorgruppe Wjasomlod Lubarski, die der Ansicht war, daß das wichtigste Mittel zum Sturz der Sowjetmacht die bewaffnete Intervention der kapitalistischen Länder gegen die Sowjetunion sei und daß die Intervention durch Verschlechterung der außenpolitischen Lage der Sowjetunion verwirklicht werden könne, Ende 1931 den deutschen Botschafter in Moskau von Dirsaken zu ermorden und durch diesen Mord eine starke Verschlechterung der Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen herbeizuführen.

5. Beauftragte die Gruppe mit der Organisation des terroristischen Aktes Sergei Wassiljew, der mit der unmittelbaren Ausföhrung des Terroraktes den ihm persönlich bekannten Stern betraute, der die sowjetfeindliche Ansicht Wassiljews und der ihm gleichgesinnten vollständig teilte.

6. Stern arbeitete gemeinsam mit Wassiljew den Plan zur Ausföhrung des Terroraktes aus.

7. Begann Stern, nachdem er im Februar dieses Jahres in der Wohnung seines Schwagers einen Revolver gestohlen hatte, mit der systematischen Beobachtung des Botschaftsgebäudes und der Automobilmotoren, wobei er wiederholt Wassiljew begegnete, der Stern Ratschläge und Weisungen über die Taktik und Ausföhrung des Terroraktes gab.

8. Gab Stern an der Ecke Kosnisskaja—Herzenstraße, wo er auf die Autos der deutschen Botschaft mit der deutschen Flagge wartete, auf den im Auto sitzenden deutschen Botschaftsrat von Twardowski, den er für den Botschafter hielt, am 5. März 1932 aus dem Revolver fünf Schüsse ab, die Herrn von Twardowski außer einer leichten Verwundung am Hals eine schwere Wunde im Gelenk der linken Hand zufügte.

## Die Wahrheit über Lubarski.

Warschau, 6. April. (Eigendericht.)

Gegenüber den Behauptungen aus Moskau, monach der eigentliche Anführer des Attentats auf den Botschaftsrat von Twardowski ein polnischer Beamter im Warschauer Außenministerium Wjasomlod Lubarski sei, der der Polnischen Sozialistischen Partei angehöre, läßt sich auf Grund eingehender Ermittlungen bei allen in Frage kommenden Stellen folgendes feststellen:

Lubarski ist gar kein Pole, sondern, wie übrigens sein Name und Vorname schon beweisen, ein Russe. Als russischer Emigrant lebte er in Warschau und war in früheren Jahren eine Zeitlang auf Privatlehrerposten bei der polnischen Tabak-Romanopol-Behandlung angestellt, ist also niemals polnischer Staatsbeamter und erst recht nicht im Außenministerium tätig gewesen. Wie das Generalkonsulat der PPS, auf das bestimmteste erklärt, hat Lubarski niemals auch nur einen Tag der Partei angehört und ist dort völlig unbekannt. Da er Russe ist, würde er auch gar nicht Mitglied irgendeiner polnischen Partei werden können.

# Moskauer Sehenswürdigkeit: Familie Zint.



„Und hier sehen Sie, meine Damen und Herren Ausländer, die deutsche Familie Zint, in Deutschland am Verhungern gewesen, jetzt hier in unbeschreiblichem Wohlstand. — Bitte nicht um jene Ecke zu sehen, dort ist der Fünfjahresplan leider noch nicht ganz durchgeführt.“

# Großkampf in Ungarn.

Verbot des Parteiorgans wird durch allgemeinen Buchdruckerstreik beantwortet. — Die Arbeiterschaft solidarisch.

Der Neurotizität der Regierung Karolyi über die wachsende Mißstimmung im ganzen Lande, nicht nur im städtischen Proletariat, sondern auch unter den Kleinbauern, hat sie zu einer Aktion veranlaßt, deren weittragende Folgen sich innerhalb weniger Stunden auswirkten. Das sozialdemokratische Zentralorgan „Nepzava“ (Volksstimme) wurde wegen angeblicher Ausföhrung zum Klassenhoh auf unbestimmte Zeit verboten.

Daraufhin legten sämtliche Budapest Buchdrucker die Arbeit nieder, so daß keine Zeitung erscheinen konnte, außer einem mit Hilfe der „Technischen Nothilfe“ hergestellten amtlichen Nachrichtenblattchen.

Im ungarischen Parlament kam es zu großen Szenen. Abg. Farkas verlas im Auftrag der Sozialdemokraten eine Erklärung, in der er die Regierung Karolyi als die Fortsetzung der Regierung Bethlen bezeichnete. Die letzten Maßnahmen zeigten, daß die Regierung einer Diktatur zustrebe, aber

die Arbeiterschaft sei bereit, den ihr aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

Unter großem Lärm der Linksoption antwortete der Ministerpräsident mit der Bestätigung, daß die Sozialisten nicht nur Klassenauswegung betrieben, sondern zu offener bewaffneter Revolution aufreisten.

Dennoch scheint der Erfolg des Zeitungstreiks das Bürgertum bedenklich gestimmt zu haben. Es wurden Verhandlungen eingeleitet mit dem Ziele, den Streik sofort zu beenden und das Verbot der „Nepzava“ alsbald wieder aufzuheben. Diese Verhandlungen verliefen erfolgversprechend, wurden jedoch durch eine Maßnahme des schwarzmacharischen Industrieverbandes verfrüht durchkreuzt. Die Fabrikarbeiter mußten nämlich für Donnerstag vormittag einen

halbtägigen Sympathiestreik

für das Wiederercheinen des Arbeiterblattes veranstalten. Diese Ankündigung haben die Industriellen mit einer allgemeinen Aussperrung beantwortet, worauf sich die Buchdrucker wiederum solidarisch mit den Fabrikarbeitern erklärten.

# Lardieu eröffnet den Wahlkampf.

Die Hitler-Bewegung als Argument der französischen Reaktion.

Paris, 6. April. (Eigendericht.)

Ministerpräsident Lardieu hat heute abend auf einem Bankett, an dem fast 2000 Personen teilnahmen, die Wahlkampagne mit einer großen Rede eingeleitet, deren Text nicht weniger als 20 Schreibmaschinenseiten umfaßt. Die Rede stellt einen Ueberblick über das Werk der abgelassenen Legislaturperiode dar, das der Ministerpräsident nicht nur zu rechtfertigen sucht, sondern auch als das bedeutendste der französischen Partamentgeschichte bezeichnet, ein Urteil, das sicherlich von vielen als übertrieben angesehen werden wird. Nach einer kurzen Einleitung, in der auf die beiden wesentlichsten Schwierigkeiten der letzten vier Jahre, das Auseinanderfallen der Regierung der nationalen Einigkeit infolge des Austritts der Radikalen und die Weltwirtschaftskrise hingewiesen wird, geht Lardieu auf die Außenpolitik Frankreichs in dieser Zeit ein. Sie sei, so erklärt er, durch die Beschöderung neuer Kriegsgeschäfte und die Organisation des Friedens charakterisiert. Dem Anschein nach sei die Lage, die die neue Kammer erbt, glänzend gewesen. Frankreich habe die dritte Rheinlandzone besetzt gehalten, es habe die deutschen Eisenbahnen kontrolliert und auf Grund des Dawes-Planes jährlich 7 Milliarden Franken empfangen, von denen nur 2 Milliarden an England und Amerika zu zahlen waren. In Wirklichkeit sei die Lage heikel und bedrohlich gewesen. Es habe ihr die Garantie der Dauer gefehlt. Die Rheinlandbesetzung hätte 1935 aufhören müssen. Nachdem sie von den Amerikanern aufgegeben worden war, sei sie auch von den anderen Mächten aufgegeben worden. Der Dawes-Plan sei gleichfalls nur von beschränkter Dauer gewesen, was jede Mobilisierung der Schatzforderungen unmöglich machte. Frankreich habe bei Beginn der Legislaturperiode

die Wahl zwischen drei Richtungen

gehabt, nämlich zwischen negativem Rationalismus, fädnem Internationalismus, sowie festem und persöhnlichem Vorgehen. Diese letzte Methode habe den Sieg davongetragen.

Der überwiegende Internationalismus sei von der Sozialistischen Partei empfohlen, aber niemals mit größerer Schärfe zurückgewiesen worden, als durch die Antwort Briands auf eine Rede Blüms im Juli 1929. Eine derartige Politik des Verzichts auf Widerstand, der Rheinlandräumung ohne Garantie, hätte Frankreichs Ansprüche auf die Reparationen in gefährlicher Weise kompromittiert; sie hätte

Frankreich der 10 Milliarden beraubt, die es während der Legislaturperiode einkassiert hat; sie hätte den vorherigen Verzicht auf das Saargebiet zur Folge gehabt. Wenn man die Lage der französischen Grenzen und die

drohende Hitler-Bewegung in Deutschland

betrachte, werde man zu dem Schluß kommen, daß diese Politik nicht annehmbar war. Frankreich habe unter Poincaré, unter Cabot und unter ihm, Lardieu, während Briand Außenminister war, eine vermittelnde Stellung eingenommen. Diese Politik sei von beiden Häusern des Parlaments angegriffen worden. Die einen hätten sie der Schwäche, die anderen der Herausforderung bezichtigt.

Die Beziehungen zu Deutschland

hätten stets den Willen Frankreichs zu einer Verständigung bewiesen. Die Abschaffung der Kontrollmaßnahmen des Dawes-Planes, die Herabsetzung der Reparationszahlungen um 20 Proz., die Räumung der 3. Rheinlandzone fünf Jahre vor dem Termin, die Annahme des Hoover-Moratoriums, die direkt und indirekt von der Bank von Frankreich Deutschland gewährten Kredite machten es ihm, Lardieu, überflüssig, darauf näher einzugehen. Frankreich habe aber das Bewußtsein, nicht immer mit der gleichen Würde von Deutschland bezahlt worden zu sein. Daher seien Regierung und Mehrheit und sogar die radikale Opposition darüber einig gewesen, gewissen Theorien den Begriff Vertrag und Achtung der Unterchriften entgegenzusetzen.

Lardieu wies auf den französischen Abrüstungsanschlag hin, der für die Organisation des Friedens die größte konstruktive Anstrengung darstelle, die bisher in Genf gewählt worden sei. Wenn die Anregungen Frankreichs angenommen würden, wenn Frankreich müßte, welche Verstärkung der Sicherheit daraus für jeden folgen würde, wäre es bereit, alle weiteren Vorschläge auf Herabsetzung der Rüstungen wahllos zu prüfen.

Bei der Rechtfertigung der Ansehen, die Frankreich an ausländische Regierungen gewährt hat, kam Lardieu wieder darauf zu sprechen, daß die sozialistische Partei der Regierung die Anleihen an Ungarn und Serbien vorgeworfen habe, weil diese beiden Länder unter einer Diktatur lebten. Daran knüpft er die Frage: „Weiß man denn nicht, daß unsere deutschen Nachbarn gezwungen sind, unter dem Regime der Räteregierungen zu leben?“



Ein Bild der Höchstleistung  
aus unserem Grossen

# JUBILÄUMS

Verkauf soweit Vorrat

Verkauf

# HERMANN

**KLEINE ANZEIGEN**  
Jedes Wort 10 Pf.  
Annahme durch den Verlag...  
**Verkäufe**  
Kaputen  
Kleidergeschäfte  
Wäsche usw.  
**Don Kavalleten**  
wenig gezeigte und neue...  
**Musikinstrumente**  
Sechshundert Garantie...  
**Möbel**  
Gehobenes...  
Garten, Laube und Balkon

**Radio**  
Sprechmaschinen...  
**Garten, Laube und Balkon**  
Gehobenes...  
Jahresabgabe

**Fahrräder**  
Fahrräder...  
**Ver- mietungen**  
Ober...  
Zimmer

**Kaufgesuche**  
Kaufgesuche...  
**Un'erricht**  
Technische...  
**Arbeitsmarkt**  
Stellenangebots

**Zimmer**  
Möbliertes...  
**Mietgesuche**  
Möbliertes...  
**Arbeitsmarkt**  
Stellenangebots

**4 STÜCK LLOYD 10 PFENNIG**

**MARTIN BRINKMANN A-G. ZIGARETTENFABRIK BREMEN**

TRUST & KONZERNFREI WEIN DEUTSCHES UNTERNEHMEN

**Städt. Oper**  
Charlottenburg  
Blomackstraße 34  
Donnerstag, 7. April  
Turnus I  
20 Uhr  
**Macbeth**  
Reinmar, Lindenberg, Andriens, Gottlieb  
Ende 3 Uhr

**Volksbühne**  
Theater am Blüowplatz  
8 Uhr  
**Hans Albers in „Liliom“**  
Vorstadtliege von Franz Molnar  
Regie: K.H. Martin

**Städt. Schiller-Theater**  
8 Uhr  
**Die Mitschuldigen**  
Hierauf:  
33 Minuten in Grüneberg

**SCALA**  
Tägl. 8 u. 9 1/2 Uhr  
**MORACE GOLDWINSTONS**  
Tausch-Revue  
Rud. Nelson, Mary Losseff, Hans Sommer, The Jovers usw.

**PLAZA**  
Nabe Schles. Bnf.  
5 u. 8 u. 11 u. 8 1/2 Uhr  
Tel. 17, Weiden 4031  
Ein Lied der Liebe

**Theater a. Nollendorfplatz**  
Pallas 2001  
9 1/2 Uhr, 11 Uhr  
**Traum einer Nacht**  
Operette in 3 Akten  
v. Leo Wolf u. Karl Beer  
Musik von Hans May  
Regie: Heinz Salzenberg  
Rundfunk halb-Pr.  
Sigs. 9 1/2 Uhr kl. Pr.

**Deutsches Theater**  
8 Uhr  
**Vor Sonnenuntergang**  
v. Gerh. Hauptmann  
Regie: Max Reinhardt

**Kleines Th.**  
Unter den Linden  
Merkur 1624  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Ganoven Ehre.**

**Rose-Theater**  
In der Frankfurter Straße 137  
In. Weiden E 7 2427  
8 15 Uhr  
**Die Frau, die jeder sucht**

**Th. im Admiralspalast**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Käthe Dorsch**  
Gustaf Gründgens im  
**Liselott'**  
Singspiel v. Eduard Künneke

**Theater in der Stresemannstr.**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der Mustergatte**  
Schwank in 3 Akt.

**Theater des Westens**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Nur bis 11. April  
**Leopoldine Konstantin**  
in:  
**In jeder Ehe.**  
Metropol-Theater  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Carl Götz in Zirkus Aimee**  
Operette von Carl Götz, Musik von Benatzky

**Lessing-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der große Erfolg**  
Erika, Thellmann, Karl Vespermann in:  
**Morgen gehts uns gut!**

**Zeichenbedarf**  
JURGENS  
Alexanderplatz  
Neue Königstr. 49

**Staats Theater**  
Donnerstag, den 7. April

**Staatsoper**  
Unter den Linden  
20 Uhr  
**Der Zigeunerbaron**

**Kroll-Theat.**  
am Platz der Republik  
3. Sinfonie-Konz.  
Leitung: Otto Klemperer

**Städt. Schauspielhaus**  
Kademienstr. 20 Uhr  
**Florian Geyer**

**Schiller-Theater**  
Charlottenburg  
20 Uhr  
**Die Mitschuldigen**  
Hierauf:  
33 Minuten in Grüneberg

**CASINO-THEATER**  
Lothring. Straße 57.  
Berlins neuestes Operetten-Theater!  
**„Peppina“**  
Operette in 3 Akten. Musik von R. Stolz  
Erstakt Omangsk. Neue Bühnenausst.  
Jubelchor 1-4 Personen. Parkett 20 Pf.  
Fauteuil 1- Mark. Sessel 1,50 Mark.

**GR. SCHAUSPIELHAUS**  
Tägl. 8 U.  
Nur noch 4 Tage!  
**Hoffmanns Erzählungen**  
Reinhardt-Inszenierung

**Winter-Garten**  
8.15 Uhr  
Flora 3434  
Kaudern erlobt  
**Die neue Varieté-Revue** mit  
Ehrlich, Halimay, Morgan, Söneland, Thelmer usw.

**HAUS VATERLAND**  
KURPFÜRSTEN-STRASSE 1  
**P. P. Vergnügungs-Restaurant Berlins**  
METRIER KEMPINSKI

**Abdruck.**  
Hafel, den 28. März 1902.  
Öffentliche Sitzung des hiesigen Gerichtsammer des Landgerichts.  
Gegenwärtig:  
Landgerichtsrat Dr. Eisenmann, als Vorsitzender,  
Bergmann und Bürgermeier, Bernhardt, Bohnen, Kaufmann, Jahn, Becker, Hübel, als Sachverständige.  
Referent: Prüfling, als Urkundensammler der Geschäftsstelle.  
1 P. 11931.

**Privatklage**  
1. des Geschäftsführers Eberhard Glade,  
2. des Ehepartners Friedrich Stampe,  
beide im „Brenners-Erzählung“ in Berlin, im 68. Blnhstr. 2.  
Privatklage,  
verurteilt durch Rechtsanwält Dr. Julius Goldschmidt III in Berlin — gegen  
den Landwirt Reinhard Claus in Hammelburg, Kreis Rotenburg a. H.,  
Helmhilden,  
Verteidigt: Rechtsanwält Dr. H. v. D. Jersiler, Berlin — wegen Verletzung der Hauptverhandlung über die Bestimmung der Privatklage gegen das Urteil des Amtsrichters in Hammelburg a. H. vom 23. September 1901 geschlossen:  
1. für die Privatklage: Rechtsanwält Dr. Julius Goldschmidt III.  
2. für den Angeklagten und die Rechtsanwält Dr. H. v. D. Jersiler: Referentat Hamann, a. H. Stationsreferentat bei dem letzteren.  
Die Parteien schlossen folgenden Vergleich:

Der Angeklagte erklärt, daß er die hier fragliche Bestimmung über die Bestimmung der Privatklage durch den Landrichter Jakob Goldschmidt in Hammelburg a. H. durch die von diesem erteilte „Doppel-Bau“ nicht in der Absicht, die Privatklage zu beilegen, gemacht habe, sondern daß er lediglich in Vertretung seines politischen Standpunktes dem gesetzlichen Bestimmungswort „Privatklage“ gefolgt sei und nicht behauptet, daß der die Bestimmung „Doppel-Bau“ betreffende Absatz des Urteils vom 23. September 1901 als erledigt anzusehen ist.  
Die Privatklage ist befristet, die Bestimmung innerhalb eines Monats nach Zustellung einer Ausfertigung des Urteils in folgenden Zeitungen an den Stellen des Amtsrichters in Hammelburg a. H. vom 23. September 1901 als erledigt anzusehen ist.  
Die Privatklage ist befristet, die Bestimmung innerhalb eines Monats nach Zustellung einer Ausfertigung des Urteils in folgenden Zeitungen an den Stellen des Amtsrichters in Hammelburg a. H. vom 23. September 1901 als erledigt anzusehen ist.  
1. im „Berliner“  
2. in der „Berliner Volksstimme“  
3. im „Hammelburger Volksblatt“  
Es wurde verflüchtigt.  
Verflüchtigt:  
In der Privatklage Glade und Stampe gegen Claus wird, nachdem die Bestimmung zurückgenommen worden ist, das Verdict eingeleitet.  
Die Kosten des Verfahrens werden gemäß dem obigen Vergleich zum heutigen Tage dem Angeklagten auferlegt.  
Dr. Eisenmann, Prüfling,  
Ausfertigert:  
Hafel, den 1. April 1902.  
als Urkundensammler der Geschäftsstelle 7 des Landgerichts.

# Heute Schulbeginn!

## Unvermeidliche Sparmaßnahmen wirken sich aus

Die Osterferien sind vorüber, und heute früh beginnt der Unterricht in den Berliner Schulen. Das Berliner Straßenbild wird in den Morgenstunden durch die Sechsjährigen, die sorgsam geleitet, mit oder ohne Tüte, die Wallfahrt in den „Ernst des Lebens“ antreten, ein besonderes Gepräge erhalten.

Leider haben die Not der Zeit und die unvermeidlichen Einsparungen im Etat des Staates und im Etat der einzelnen Familien sich auch stark auf das Schulwesen ausgewirkt. Besonders deutlich wird dies bei den höheren Schulen Berlins. Die Schülerzahl ist stark zurückgegangen, und neben anderen Schulen sind auch noch die Bismarck-Realschule und das Königstädtische Gymnasium geschlossen worden. Das Gerücht, daß auch die Realschule in Britz einginge, ist irrig. Sie wird nicht mit der Neufällner Dürer-Oberrealschule zusammengelegt, sondern nur dem gleichen Direktor zur Leitung zugewiesen werden.

Man hatte nach dem Geburtenjahrgang mit einem Rückgang um rund 25 Klassen der Sexta gegenüber dem Vorjahre gerechnet. In Wirklichkeit aber wird der Ausfall an Sexten nicht

weniger als 53 gegenüber 1931 betragen. Die Wirtschaftskrise trägt die Schuld, und es ist in diesem Zusammenhange beachtlich, daß die einzelnen Klassen eine schwächere Besetzung aufweisen werden. Das ist für den einzelnen Schüler gemäß nicht von Nachteil, aber als Zeichen der Zeit zu werten.

Auch bei den anderen Klassen hat sich eine bedauernde Zusammenlegung als notwendig erwiesen. Wohl treten in Berlin in der Auswirkung der Sparverordnungen mehr als hundert Lehrer an den höheren Schulen in den Ruhestand. Trotzdem aber werden nach weiteren hundert festangestellte Lehrer überzählig. Von ihnen treten etwa 50 Oberschullehrer endgültig in die Volksschulen über, etwa 20 Turnlehrer werden an Berufsschulen verwandt werden.

Diese Feststellungen sind bedauerlich, besonders wünschenswert aber wäre es, wenn die Volksschulen durch die Auswirkung der Roterordnungen möglichst wenig betroffen werden. Der Nachwuchs des Proletariats ist zum größten Teil auf sie angewiesen, und für ihn ist das Beste gerade gut genug.

## Freitag in den Lustgarten!

Reichsbanner marschiert am Schluß der Züge.

Für die Kundgebung der Eisernen Front am Freitag um 18 Uhr im Lustgarten, an der sich alle Republikaner Berlins beteiligen, werden für das Reichsbanner folgende Anweisungen gegeben:

Die Kundgebung beginnt um 18 Uhr. Der Abmarsch von den Sammelpunkten ist so zu treffen, daß der Einmarsch in den Lustgarten um 18 Uhr beendet ist. Die Ortsvereine: Mitte, Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Kreuzberg und Neufällen entsenden mindestens je 30 arbeitsfreie Kameraden nach dem Lustgarten. Diese müssen um 16 Uhr an der Rednertribüne antreten. Sturmfahrten: 32 Jungbau-Kameraden stellt der Ortsverein Friedrichshain. Antreten 17 Uhr, Lustgarten Rednertribüne. Alle Kameraden einschl. Spielleute, Sanitäter, sowie die Ortsvereinsführer treten auf den von der Eisernen Front im „Vorwärts“ angegebenen Sammelpunkten ortsvereinsweise an. Kameraden, die ihren Ortsvereins-Sammelpunkt nicht rechtzeitig erreichen können, treten auf dem für ihre Betriebe vorgesehenen Sammelpunkt bei dem dortigen Ortsverein ein. Das Reichsbanner sammelt sich am Ende der auf den Sammelpunkten sich bildenden Züge.

Rückmarsch erfolgt nicht. Die Auflösung erfolgt im Lustgarten ortsvereinsweise, nachdem die Spielleute zu ihrem Ortsverein wieder zurückgeführt sind. Alle technischen Meldungen sind an den Kam. Dreg., der sich an der Rednertribüne befindet, zu richten.

## Fahrten nach den Schlachtfeldern.

In den Reihen der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen ist seit langem das Bedürfnis vorhanden, die Stätten der heldenhaften Vorkämpfungen im Westen und die dort sich weit dehrenden Gräberfelder und Kreuzwälder aufzusuchen. Diesem Bedürfnis Rechnung tragend, veranstaltet der Reichsbund der Kriegsschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen im Laufe des kommenden Sommerhalbjahres verschiedene Gedächtnisfahrten zu den Schlachtfeldern und Kriegergräbern in Flandern und Frankreich. Die von der Abteilung für Kriegergedächtnisfahrten des Reichsbundes organisierten Fahrten sollen insbesondere unseren Kriegshinterbliebenen unserer Gefallenen eine möglichst billige Gelegenheit bieten, einmal an der Grabstätte ihrer Lieben still zu verweilen, unsere im fremden Lande ruhenden Gefallenen zu besuchen und zu ehren und die Ehrenpflicht gegenüber den Gefallenen und ihren Hinterbliebenen im Volk lebendig zu erhalten. An diesen Fahrten können neben den Mitgliedern des Reichsbundes und deren Angehörigen zu den gleichen Vergünstigungen auch Freunde des Reichsbundes und Angehörige von Kriegsgefallenen, die nicht dem Reichsbund angehören, teilnehmen. Im Verlaufe jeder Pilgerfahrt findet auf einem der großen deutschen Kriegerfriedhöfe eine gemeinsame Gedächtnisfeier und Kranzniederlegung statt. In der Regel bietet sich dann auch für den einzelnen Fahrtteilnehmer ohne große Schwierigkeit Gelegenheit, den Friedhof und die Grabstätte aufzusuchen, um dem Willen die Reliquie von dem einzelnen Teilnehmer unternommen werden ist. Nähere Auskunft erteilt die Abteilung für Kriegergedächtnisfahrten des Reichsbundes der Kriegsschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen in Lachen, Kapuzinergraben 13 oder die Geschäftsstelle des Gauess Berlin, Berlin G. 2, Kolanderstr. 6, 1 Tr. (täglich von 9-5 Uhr, Sonnabends geschlossen).

**Spielplanänderung im Staatlichen Schauspielhaus.** Wegen mehrfacher Erkrankungen im Personal geht heute, Donnerstag, im Staatlichen Schauspielhaus statt der angekündigten Vorstellung „Geschichte Gottfriedens von Berlichingen“: „Florian Geyer“ und im Staatlichen Schillertheater statt der angekündigten Vorstellung „Claudio“: „Die Mitschuldigen“ und „33 Minuten in Weimberg“ mit Luise Mannhelm in Szene.

## Das Kreuz ins erste Feld!

Wie am 10. April gewählt wird.

Der zweite Gang der Reichspräsidentenwahl findet am kommenden Sonntag, dem 10. April, in der Zeit von 9 bis 18 Uhr (9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags) in den dafür bestimmten Abstimmungsräumen statt. Die Abstimmungsräume werden von den Berliner Bezirksämtern durch Säulenanschlag bekanntgegeben. Nur die amtlich zugelassenen grünen Stimmzettel dürfen bei der Wahl verwendet werden.

### Reichspräsidentenwahl

Zweiter Wahlgang.

<b>Paul von Hindenburg</b> Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin	
<b>Adolf Hitler</b> Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München	
<b>Ernst Thälmann</b> Transportarbeiter, Hamburg	

Um den Faschismus zu schlagen, hat jeder die Pflicht, am 10. April zu wählen.

## Unser Kreuz gilt dem Kreis im ersten Feld, dem Namen Hindenburg.

## Edhausdachstuhl in Flammen.

Bewohnerin bekommt vor Aufregung Schlaganfall.

Der Dachstuhl des Edhauses Eifelstr. 35 und Kupprechtstraße in Eichenberg wurde gestern abend durch Großfeuer völlig zerstört. Eine Mansardenwohnung wurde gleichfalls ein Raub der Flammen. Eine Bewohnerin des Vorderhauses erlitt vor Aufregung einen Schlaganfall. Die Frau wurde durch einen Rettungswagen der Feuerwehr ins Eichenberger Krankenhaus gebracht, wo sie bald nach ihrer Aufnahme starb.

Das Feuer, das offenbar mehrere Stunden unbemerkt geschweht haben muß, wurde gegen 1/8 Uhr entdeckt. Durch das regnerische Wetter wurde der Rauch nach unten gedrückt, so daß in kurzer Zeit die ganze Umgebung der Brandstelle in undurchdringliche Rauchwolken gehüllt war. Da der Brand schon beim Anrücken der ersten Löschzüge gefährlichen Umfang angenommen hatte, mußten auf Alarm „Großfeuer“ insgesamt fünf Löschzüge an die Brandstätte beordert werden. Ueber mechanische Leitern und total verquältem Treppenaufgängen drangen die Löschtruppen, die mit Rauchschutzhelmen ausgerüstet waren, nach oben vor. Aus sechs Schlauchleitungen stärkester Kaliber wurden ungeheure Wassermengen in das Flammenmeer geschleudert. Trotz aller Anstrengungen der Feuerwehr konnte von dem umfangreichen Edhausdachstuhl nur wenig gerettet werden. Nach einseitiger Löschstätigkeit war der Brand eingekreist und damit gleichzeitig auch die Gefahr für die angrenzenden Grundstücke beseitigt. Die Entstehungsursache dürfte sich kaum feststellen lassen, da das Feuer mit solcher Gewalt gemüht hat, daß sämtliche Spuren restlos vernichtet schienen.

## Das Verschwinden eines Knaben

beschäftigte die Charlottenburger Polizei. Der fünf Jahre alte Werner Thoboden aus der Caminer Straße 2 hatte sich mit seinen Geschwistern aus der elterlichen Wohnung entfernt, um am Holzbaum in Charlottenburg zu spielen. Dort wurde er vermisst. Die Kinder erzählten, daß sie mit dem kleinen Werner auf einem Bauplatz gespielt hätten. Die Eltern suchen jetzt mit der Polizei nach dem Kind.



Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

In Nikoll-Ussurij gab es eine Zeitung, die sich „Ussurij-Land“ nannte. An diese Zeitung hatte ich einige Gedichte geschickt, die dort unter meinen Initialen gedruckt wurden. Als ich zum erstmaligen Stadturlaub bekam, ging ich zur Redaktion und machte mich mit dem Redakteur bekannt. Offenbar hat er Beziehungen zu Offizierskreisen gehabt und dort herumgerätselt, er habe Gedichte eines Schützen der sechzehnten Kompanie zum Abdruck gebracht — denn wie hätte diese Geschichte sonst zur Kenntnis des Regimentskommandeurs kommen können?

Augenscheinlich hatte Tschalka deswegen eins auf den Hut gekriegt. Er ließ mich zu sich kommen und sagte: „Bitte, veröffentlichen Sie keine Gedichte mehr. Ich habe Unannehmlichkeiten deswegen gehabt.“

Wir blieben nichts übrig, als mich zu entschuldigen und für die Zukunft Besserung zu geloben. Ich konnte nur absolut nicht begreifen, worin ich mich vergangen haben sollte. Die Gedichte waren rein lyrischer Art, wie das ja meinem Alter entspricht. Allenfalls wachte eine Schuld darin zu erblicken sein, daß sie vielleicht nicht sehr viel taugten.

Indessen war die Sache damit noch nicht abgetan. Ich wurde zum Regimentskommandeur befohlen, dem Obersten Wanzjerow. Ein alter, strenger Offizier mit breitköpfigem Gesicht, eingefallenen Backen und schwarzem Bart, erinnerte er an Boris Godunow, wie Schaljapin ihn verkörpert. Ebenso wie mein Bataillonskommandeur legte er großen Wert auf eine streng militärische Haltung.

„Höher den Kopf! Noch höher! Noch höher! So ist es gut! Du hast eine gute Haltung. Ich bin damit zufrieden. Aber was ist sonst mit dir los? Du läßt Verse drucken? Wer hat dir das erlaubt? Na? Hast du um Erlaubnis gefragt?“

„Nein, Euer Hochwohlgeboren!“

„Aber wie kannst du dich dann unterstehen, Verse zu machen? Na? Wer hat dir das erlaubt?“

„Ich schreibe seit meiner Kindheit, Euer Hochwohlgeboren.“

„Kindheit oder nicht Kindheit, bei mir im Regiment will ich jedenfalls so eine Wirtschaft nicht haben! Verstanden?“

„Zu Befehl, Euer Hochwohlgeboren.“

„Wegtreten!“

Es war nicht meine Schuld, wenn das „Ussurij-Land“ sich von da an ohne meine Ergüsse behelfen mußte.

Dafür bekam ich dichterische Aufträge von Tschalka. Er war eine lyrische und gefühlvolle Natur und pflegte zärtliche Briefe nach Wladiwostok an die Dame seines Herzens zu schreiben. Er bat mich, ihm ein paar Gedichte zu machen und gab mir sogar genau die Themen an.

„Sehen Sie, da haben wir also zum Beispiel vor meiner letzten Abreise von Wladiwostok miteinander in den Anlagen gelesen, bei Mondenschein. Wenn Sie das vielleicht ein bißchen ausmalen könnten . . . Sehen Sie, so in der Art einer Rück Erinnerung. Sie wissen schon, wie ich es meine.“

Und nun schrieb ich Verse für die Dame in Wladiwostok und packte sie sorgsam dem Gefäßvorrat des Auftraggebers an:

Kuh, weißt du noch, wie wir zuerst uns fanden und Lunas Silberstein dein holdes Haupt umramm?  
Dunstwolken säubten sich von den Gärten —  
Im Garten war's. O, denkst du noch daran?  
Noch spür ich Lippen sich auf Lippen pressen,  
Des Gartens Duft . . . Ach, daß ich ferne bin!  
Wir ist so bang, du könntest mich vergessen,  
Die Tage schleichten mir wie öde Tage hin.  
Die Zeit vergeht, ich lehre zu dir wieder,  
zu deinen Füßen lieg ich dann wie einst.  
Ich schmiegte teilig mich an deine Kniegelenke  
und spürte, wie auch du vor Glück und Rührung weinst.

Einnmal begegnete ich auf der Straße dem Regimentskommandeur. Ich war sehr erschrocken, nicht so sehr meiner wegen, als vielmehr mit Rücksicht auf meine unmittelbaren Vorgesetzten, die mir lange Zeit vor den übrigen Rekruten zum ersten Mal Stadturlaub gegeben hatten. Das hatte ich mir damit verdient, daß ich beim Leben der Ehrenbezeugungen alle Fragen richtig und genau beantwortet, einwandfrei frontal gemacht und salutiert hatte. Vor dem ersten Ausgang in die Stadt hatte mich der Feldwebel noch einmal, theore-

tisch und praktisch geprüft: „Vor wem hast du Front zu machen?“

„Vor meinem Kompaniechef, Bataillons- und Regimentskommandeur und vor jedem General, Herr Feldwebel.“

„Auf wieviel Schritt vor dem Offizier bleibst du stehen?“

„Auf vier Schritt Entfernung, Herr Feldwebel.“

„Schön, also angenommen, ich bin der Regimentskommandeur und du kommst mir entgegen.“

Wir gingen aufeinander zu. Vier Schritte vor ihm blieb ich stehen und machte in der vorgeschriebenen Art Front.

„Ausgezeichnet, Koffel, sehr gut!“

Und nun mußte ich gerade bei einem meiner ersten Ausgänge dem Regimentskommandeur begegnen. Ich fiel beinahe um vor Schrecken. Die Strafe war voll von Passanten. Ich fürchtete, ich würde die Prozedur des Frontmachens nicht exakt zufande bringen, um so mehr, als Wanzjerow in diesem Punkt außerordentlich streng und anspruchsvoll war. Ich gab mir ein möglichst forsches Ansehen, machte geräuschvoll Halt und stand bereits auf eine Entfernung von sieben Schritten wie eine Mauer da. Ich wandte dem Kommandeur den Kopf zu, stand muselmäuschenstill und verfiel ihm mit den Augen. Wanzjerow blieb stehen.

„Welche Kompanie?“

„Sechzehnte, Euer Hochwohlgeboren!“

„Guten Tag!“

„Gesundheit wünsche ich, Euer Hochwohlgeboren!“

„Nimm den Kopf höher! Noch höher! Noch etwas höher! Ein sibirischer Säbhe muß dreinschauen wie ein Adler! So ist es recht! Rechts um! Ohne Tritt marsch!“

Nikoll-Ussurij war ein schmutziges, trübgraues, kümmerliches Städtchen und unterschied sich bloß dadurch von anderen russischen Provinzstädten, daß man auf der Straße unter den Zivilisten nur selten einen Russen sah. Weiß waren es Japaner, Chinesen und Koreaner. Alle Wäcker waren Chinesen. Alle Frisuren und Zuckerbäcker Japaner. Alle Fleischer Koreaner. In den engen Gassen des Chinesenmarkts lagen vor den Wohnbuden auf Tischen und Verkaufstischen allerlei Waren ausgebreitet; an deren Stellen warteten im Freien die Stühle der japanischen Friseur auf die Kunden, die sich auf der Straße rasieren ließen. Man konnte häufig beobachten, wie der Friseur sich die schwarzen Haare des Kunden um das linke Handgelenk mischelte und ihm dann den seifenüberschäumten Kopf rund um den Kopf herum glatt abrasierte.

(Fortsetzung folgt.)

**Zigeunerschlacht.**

**Wilde Schießerei bei einer „Friedensfeier“.**

Auf einem freien Platz in der Londoner Straße waren während der Wintermonate etwa ein Dutzend Zigeunerwagen zusammengelagert worden. Der Stamm hatte die Nachbarstämme zu einer Abschieds- und Friedensfeier eingeladen. Die Zigeuner hatten beschlossen, ihre Stände aufzugeben und jetzt im Sommer auf das Land zu ziehen.

Die Abschiedsfeier wurde mit Alkohol kräftig begossen, und in der Nacht waren die Felernden alle betrunken. Wie gewöhnlich kam es jetzt zwischen den Männern zu einer wüsten Schlägerei. Was ihnen in die Hände fiel, wurde als Schlag- und Stichwaffe benutzt. Plötzlich zog einer eine Pistole und gab daraus mehrere Schüsse ab. Das schien das Signal für die anderen zu sein. Auch sie zogen Waffen, und es entwickelte sich jetzt eine regelrechte Schlägerei, bei der etwa 50 bis 60 Schüsse abgegeben wurden. Aus den Nachbarhäusern schreuten die Anwohner im Schlafe auf und riefen das Heberfallkommando und das 45. Revier um Schutz an. Als die Beamten anrückten, waren die Mitglieder der Nachbarstämme bereits geflüchtet. Der Hauptstamm, der die Feier veranstaltet hatte, veranlaßte seine Mitglieder, sich in die Wagen zurückzuziehen. Die Beamten konnten nur feststellen, daß eine ganze Anzahl Männer und auch einige Frauen blutige Verletzungen aus der Schlägerei davongetragen hatten. Auffallend ist, daß keiner der Verletzten Schußwunden hatte! Es ist aber auch möglich, daß solche Verwundete in den Wagen versteckt und vor den Augen der Polizei verborgen gehalten werden. Wie üblich, versuchen die Zigeuner bei der Vernehmung den Vorfall möglichst harmlos darzustellen. Gegen alle Beteiligten wird Strafbefehl erlassen werden.

**Erpressungsversuch an Barella.**

**Eine Strafanzeige gegen Unbekannt.**

Der Angeklagte Waffenhändler Barella hat, wie im „Bormärz“ berichtet wurde, bei seiner Vernehmung am ersten Verhandlungstage erklärt, daß er vor dem Erscheinen des Artikels im „Berliner Herald“ über seine Verfehlungen bei der Singakademie im Büro der Pinkerton-Detektei Objekt eines Erpressungsversuchs geworden sei. Der „Berliner Herald“ ersucht uns, mitzuteilen, daß keiner seiner Mitarbeiter je mit Barella in Verbindung getreten und daß dieser voraussichtlich einem Betrüger in die Hände gefallen ist. Der „Berliner Herald“ hat beim Berliner Polizeipräsidenten aus Anlaß der Erklärung des Angeklagten Barella eine Strafanzeige erstattet mit der Maßgabe, die Verurteilung auch auf die Pinkerton Co. m. b. H. auszudehnen. Von dieser Strafanzeige ist dem Vorliegenden in der Sache Barella gleichfalls Mitteilung gemacht worden.

Aus der Gerichtsverhandlung gegen Barella ist im Zusammenhang mit dieser Erpressungsaffäre nach zu berichten, daß der Rechtsanwalt Dr. Ball als Vertreter des „Berliner Herald“ dem Bericht eine Abschrift der Strafanzeige überreicht hat, die zusammen mit einer gleichfalls überreichten Erklärung eines Herrn Gehard von der Pinkerton-Detektei an Staatsanwalt Wittelbach weitergegeben worden ist. Der Staatsanwalt erklärte in der Sitzung, daß er in der Verhandlung zum erstenmal aus dem Munde des Herrn Barella von der an ihm versuchten Erpressung vernommen habe. Wäre das früher geschehen, so wäre ihm längst Schutz gewährt worden. Die Staatsanwaltschaft würde selbstverständlich die Angelegenheit aufs genaueste prüfen.

Die Sache verpricht interessant zu werden.

Die gestrige kommunistische Versammlung im Sportpalast mußte bereits bald nach Beginn von der Polizei wegen Unfriedlichkeit geschlossen werden. Ein Chinese, der keine Sprechlaubnis hatte, betrat gegen 20.30 Uhr die Rednertribüne. Von dem Polizeioffizier, dem die Überwachung für die Versammlung übertragen war, wurde die Versammlungsleitung daraufhin verwahrt und auf den Versuch gegen die Bestimmungen hingewiesen. Darauf entstand ein wüster Tumult und es hagelte Schimpf- und Nidertrufe auf die Polizei. Der Polizeioffizier schloß daraufhin die Versammlung.

Auch eine nationalsozialistische Versammlung, die gestern abend in den Sälen des Kriegervereinshauses in der Chaussee-

**Wackers van-Gogh-Sammlung**

**Der Russe mit dem kostbaren Familienbesitz**

Der Bildersälscherprozeß, in dessen Mittelpunkt der Kunsthändler Otto Wacker steht — die eigentlichen Hintermänner dieser Konstruktüre haben es, wie behauptet wird, vorläufig verlassen, im Hintergrund zu bleiben —, ist geeignet, die Phantasie anzuregen. Jahre hindurch werden gefälschte Bilder für Zehntausende in alle Himmelsrichtungen verkauft — allein für ein Bild nach New York wurden 65.000 M. gezahlt — sämtliche Kunsthandlungen, jostrelche Kunstschöpfungsbereiche hegen nicht den geringsten Zweifel an der Echtheit der van-Gogh-Bilder. Die Sachverständigen sollen auch heute noch nicht ganz einer Meinung über falsch oder echt sein. Wer ist aber dieser Kunstmaler Otto Wacker, der nun in aller Leute Mund? Und wie kam gerade er zu dem Segen der van-Goghs.

Der 32jährige Wacker stammt aus einer Disseldorfer Malerfamilie; sein Vater ist Landschaftsmaler, auch Bruder und Schwester malen, er selbst malt; nebeiweil tanzt er auch und mit ihm seine andere Schwester. Schon als Zwölftjähriger verkaufte er die Bilder seines Vaters, als Dreizehnjähriger leitete er eine Wanderausstellung. Noch Uebersiedlung der Eltern nach Berlin studierte er hier im Alter von 15 Jahren Kunst und Tanz und trat mit Erfolg im Bühnensaal in allen spanischen Tänzen auf. Nebenbei, insbesondere nach dem Kriege, befaßte er sich mit Antiquitäten- und Bilderhandel. Sein letztes Ausreten im Jahre 1924 im Bühnensaal bedeutete für ihn aber den Anfang seines Aufstiegs. In der Gestalt eines adligen Russen trat ihm das unerwartete Glück entgegen. Dem Russen hatte es Wackers spanischer Tanz angetan. Er schloß ihm eine Tournee durch die Schweiz vor; aus der Tournee wurde nichts. Die geschäftlichen Beziehungen jedoch, die aus der Freundschaft entstanden, wurden zwar durchaus feste, blieben aber bis heute ungeklärt. Der geheimnisvolle Russe mit den van-Goghs war eben der Vorbesitzer der 30 van-Gogh'schen Bilder, die seit 1927, nach und nach, Wacker in Kommission gegeben wurden und durch ihn die Sammlungen von van-Gogh-Liebhabern bereicherten oder vielleicht auch nicht. Ueber den Namen dieses Russen, seinen Wohnsitz in der Schweiz, über sein Alter, seine Familienverhältnisse u. a. m. will der Angeklagte nichts aussagen. Dem Betrage, den er mit dem Russen geschlossen, lag die ehrenwörtliche Bedingung zugrunde, seinen Namen nicht zu nennen. Und dabei bleibt er.

Man hält ihm vor, daß in Rußland die ganze Affäre doch schon ohnehin längst bekannt sein müsse. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft haben zudem versprochen, das Ganze auf sich beruhen zu lassen und bei Namensnennung vollkommenste Diskretion zu bewahren; der Angeklagte will es aber selbst gewesen sein, der in seinem Misstrauen gegen die versprochene Verschwiegenheit dem Russen abgeraten habe, seinen Namen zu offenbaren. Die Briefe des Russen hat er verbrannt. Auch über die Zahlungen, die er dem Russen gemacht, und über die Darlehen, die er von diesem bekommen, hat er nicht erzählt. Und doch erstirbt der Russe. Unter solchen Umständen war es der störrisch verfolgte russische Betrüger mit dem obigen Namen Fürst Gollizyn. Der Angeklagte ist um keine Antwort verlegen. Elegant, gewandt, mit tadellosen Manieren, niemals aus der Rolle fallend, windet er sich hin und her und breitet über alles den Schleier des Geheimnisses.

**Waren die Bilder gefälscht und wer hat sie gefälscht?**

Die Fragen des Vorliegenden enthalten keine Andeutungen. Hat Ihr Vater nicht van-Gogh-Kopien gemacht? Nein, das liegt ihm nicht. Hat er Bilder restauriert? Ja. Hat er van-Gogh's restauriert? Ja, etwa 16. Hat Ihr Bruder van-Gogh-Kopien hergestellt? Ja, nur zweimal auf meine Bitte. Weshalb haben Sie ihn darum? Ich liebe gerade die beiden van-Goghs ganz besonders. Hat Ihr Bruder einmal eine Federzeichnung „Das Kornfeld mit Cypressen“ bei de la Halle in Amsterdam erworben? Ja. Zu welchem Zweck? Ich habe die Federzeichnung fünf Tage später weiterverkauft. Ein „Kornfeld mit Cypressen“ befindet sich aber unter Wackers van-Gogh'scher Sammlung. Der Angeklagte hatte in den Jahren, bevor er seinen schmerzhaften Handel mit den van-Gogh's begann, die gesamte van-Gogh-Literatur erworben und gründlich durchstudiert. . . . Die Sachverständigen werden keine leichte Arbeit haben. Die Kunstschöpfungsbereiche und auch die anderen nicht, insbesondere die letzteren: der Leiter des Erkennungsdienstes der Amsterdamer Polizei, Garnier, der gerichtliche Chemiker aus Amsterdam, de Bild, u. a. m. Ueber die Psychopathologie des Angeklagten wird sich aber der Psychiatrer Prof. Kreuzfeld zu äußern haben. Vielleicht findet er den Schlüssel zu dem ungeahnten Aufschwung und ebenja jähen Absturz dieses Angeklagten.

**Wie Seeleute und Luftfahrer wählen.**

Auch beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl können die Seeleute vor und nach dem allgemeinen Wahltage in den größeren deutschen Wohnplätzen ihre Stimme abgeben. Die Seemannswahlen beginnen am 2. April und dauern bis 15. April. Die Stimmen werden täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags von einem Abstimmungs Vorstand entgegengenommen und in die Stimmurne gelegt. Die Stimmurne ist außerhalb der Wahlzeit verriegelt, wird von der Gemeindebehörde unter Verschluss gehalten und erstmals am Wahltag geöffnet. Damit nicht festgestellt werden kann, wie die Seeleute gewählt haben, werden die Umschläge mit den Stimmzetteln am 10. April ungeöffnet vor Schluß der allgemeinen Abstimmungszeit in die Stimmurne eines allgemeinen Nachbarnstimmbezirks gelegt und am Abend des allgemeinen Wahltags mit dem Gesamtergebnis dieser Urne ausgezählt. In ähnlicher Weise vollzieht sich die Wahl nach dem 10. April; doch wird das Wahlergebnis am letzten Tage, am 15. April, von dem besondern Abstimmungs Vorstand festgestellt und den Kreiswahlleitern mitgeteilt.

Wetterausichten für Berlin. Westwind bewölkt mit einzelnen Regenfällen, vorübergehend milder, lebhaft westliche Winde. — Für Deutschland. Im Süden zeitweise heiter, im übrigen Reich westwind mäßig und vielfach Regen.



**Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin**

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SE 68, Lindenstraße 2, vorn 1. Treppen rechts.

Abteilungsleiter, prüft den Berichtsbogen und das Mal-Programm ab. Verbindlich bei der Abfertigungsanforderung die Feiertage. **Schleifer der SPK.** heute, pünktlich 9 Uhr, Gesamttage im Zeichenaal der SPK, Kaiser-Friedrich-Straße (U-Bahn Rathaus Kottbus).

**Heute, 19<sup>30</sup> Uhr, Abteilungsmitgliederversammlungen:**

- Königsberg:** Köpenicker, 4. — Köpenicker Viertel: Mantelstr. 7, vorn 1. Tr. — **Schöneberg:** Ebersdorf, 4. (Verbandsbücher mitbringen) — **Schöneberg III:** Hauptstr. 15. — **Westend:** Sportplatz Westend. — **Jahnsdorf-Zehlendorf:** Zehlendorfer, Schleifenschanze. — **Zehlendorf:** Schönberger Str. 2.
- Kreuzberg:** Vorhänger, 19: Kampfleberabend. — **Graswalder Platz II:** Schönholzer Str. 11: „Jahresterblichkeit“. — **Falkplatz I:** Sennewitzer Str. 20: „Ramp um Preußen“. — **Hummerplatz:** Gleimstr. 33-35: „GWS, Schule, Elternhaus“. — **Rosenthal:** Danziger Str. 62, S. III: „Die Stellung der Frau in Rußland und Italien“. — **Schöneberger Vorstadt:** Gleimstr. 33-35: „Ramp um Preußen“. — **Kottbuscher Tor:** Kottbuscher Tor, 167: „Das Recht der Frau in der Familie“. — **Kreuzberg:** Grundbesitzer, 9: „Rußland“. — **Zeichenaal:** Besprechung im Pausen (Kottbuscher Tor, 133-137). — **Marienborn-Tempelhof:** Wie erweiterbaren Gefellen nehmen an dem Schallplattenkonzert „Das deutsche Volk“, Beginn 11<sup>30</sup> Uhr, beim Schallplattenkonzert, 39 Uhr, Besprechung in der Umgebung in Richtstraße bei Hofmann, anßerdem zentrale Flugblattbesprechung.
- Zeichenaal Mitte:** 20 Uhr beim Alpenland Str. 42: Probe des Mal-Festivals.
- Borsbecker Kiesgarten:** Eingeladene: 19<sup>30</sup> Uhr beim Bremer Str. 69-70.
- Borsbecker Kreuzberg:** 19<sup>30</sup> Uhr Erwerbungsversammlung beim Reichsbahnhof, Str. 68.
- Waldbecker Kreuzberg, Schöneberg, Köpenick und Zeitzhofkanal:** Abfertigung, alle Mitglieder müssen zur Probe (siehe die Sonntagabendabfertigung) am Sonntag, 8. April, im Heim Kottbuscher, 1 in Charlottenburg erscheinen.

**Vorträge, Vereine und Versammlungen**

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“**

**Reichsbanner:** Berlin S 14, Gebelstraße 27-29, Tel 221. **Steglich (Ostberolina):** Donnerstag, 7. April, 17 Uhr, Antritt der Mitglieder (Freiwillige, Zeiländerer Str. 5). — **Reichsbanner:** Kameradschaft Reichsbanner, Freitag, 7. April, 20 Uhr, Kameradschaftsversammlung im Reichsbanner. — **Verband:** Reichsbanner, 167. — **Winterferienabteilung:** Sonntag, 8. April, Eröffnung der diesjährigen Tennisferien auf dem Fliesen an der Kottbuscher und Doreen weidliche Kottbuscher, welche Tennis spielen wollen, wenden sich an Doreen weidliche, Berlin SE 68, Marktstraße 22. — **Charlottenburg:** Sonntag, 7. April, Kottbuscher SPD-Versammlung Zehlendorfer Str. Antritt 19 Uhr. Eintritt 20 Uhr.

**Deutscher Weibebund:** Donnerstag, 7. April, 20 Uhr, im Vegetarischen Restaurant, Köpenicker Str. 46 (nahe Potsdamer Platz), Vortrag und Besprechung des Schriftstellers Pola Roffler aus einem Entlassenen „Wilhelm II.“ mit anschließender Besprechung und Diskussion.

**Sozialistischer Esperanto- und Gruppe Reinickendorf:** Donnerstag, 7. April, 19<sup>30</sup> Uhr, im Jugendheim Lindauerstraße, Temo: Ekzerco. **Gruppe Centro:** Freitag, den 8. April, 19<sup>30</sup> Uhr, im Metallarbeiter-Verbandshaus, Liniens, 83-84, Eingang: Elbesser Str. Temo: gramatika vespero. **Kindergruppe „Libereco“:** Freitag, den 8. April, 17-19 Uhr, in der Schule Danziger Straße. Temo: Raportoj pri Pasko.

straße stattfand, mußte von der Polizei wegen unfriedlichen Verlaufs geschlossen werden. Einer der Veranlassungsredner erging sich in beleidigenden Äußerungen gegen den Reichskanzler. Die Warnung des überwachenden Polizeioffiziers wurde von den anmergenden Rationalisierern und SA-Leuten demonstrativ mit schweren Beleidigungen und Bedrohungen beantwortet. Als sich der Tumult noch steigerte, wurde die Kundgebung für aufgelöst erklärt.

**Finnlands erster nasser Tag.**

**Menschenreihen vor den Spritläden.**

**Helsingfors, 6. April**

Die mit größter Spannung erwartete heutige Aufhebung des finnischen Alkoholverbots brachte gleich am ersten Tag eine Sensation. Zum erstenmal seit Einführung des Alkoholverbotes vor 13 Jahren war es nicht möglich, in den Restaurations-Spirituosen zu bekommen. Diese eigenartige Tatsache beruht darauf, daß die Restaurateure und das Alkoholmonopol, das heute keine Tätigkeit begann, sich nicht über die Höhe der Ausschankpreise und Verdienste einigen konnten. Die Restaurateure stellten infolgedessen vorläufig den Spiritoverkauf ein, der während des Verbots überall im Land im Gang war. Der Innenminister und der Chef der Heeresleitung haben Aufrufe erlassen, in denen zur Befriedigung gemahnt wird. Als die Verkaufsstellen des Spiritmonopols eröffnet wurden, standen schon überall lange Menschenreihen an. In dem Hauptgeschäft der Stadt erregte eine 70jährige Frau, die die erste Käuferin war, berechtigtes Aufsehen und wurde von allen ausländischen Presse- und Filmphotographen verewigt.

**Das Problem Groß-Berlin**

**Verwaltungsmaschinerie der Viermillionenstadt — Reform der Bezirksverfassung?**

Der Presschef der Stadt Berlin, Landtagsabgeordneter Dr. Richard Lohmann, sprach im Rundfunk über Berliner Verwaltungsprobleme. Seinen interessanten Darlegungen entnehmen wir folgendes:

Die Verringerung der Zahl der Bezirke wird augenblicklich lebhafter diskutiert als die Unzulänglichkeit der Bezirksverfassung. Und doch würde eine neue Bezirksinteilung ohne Veränderung der Verfassung zu den größten Schwierigkeiten führen. Wir würden dann z. B. Bezirksverfassungen von rund 100 Mitgliedern erhalten, während weite Kreise von der völligen Entbehrlichkeit dieser Scheinparlamente überzeugt sind. Und andererseits wäre der Kern des Problems überhaupt nicht berührt: die Frage, wie man die Leiter der Verwaltungsbezirke, die Organen, organisch mit den Leitern der zentralen Fachgebiete, den Fachbezerennten, verbinden kann. Die jetzigen gemeinsamen Besprechungen zwischen Magistrat und Bezirksbürgermeistern sind ein Behelf, aber keine Lösung.

Bezirkmuster wie Gegner einer Verfassungsänderung teilen wohl in ihrer Mehrzahl die Auffassung, daß der Verwaltungsapparat mindestens in der Spitze und mindestens in einigen Bezirken für ihren Umfang und vor allem für den Umfang ihres Arbeitsgebietes zu groß ist. Sehr wesentliche Meinungsverschiedenheiten gibt es aber darüber, ob man den Apparat verkleinern oder die Bezirke vergrößern soll oder ob man gar beides tun kann, sowie darüber, ob man es schon jetzt oder erst später tun soll.

Neuerdings scheint die Mehrzahl der Befürworter einer Zusammenlegung der Bezirke dahin zu neigen, die alten Grenzen als gegeben hinzunehmen und lediglich durch Zusammenfassung von je zwei oder drei Bezirken größere Gebilde zu schaffen. Man vermeidet auf diese Weise die technisch recht schwierige Verteilung einer Zah-

verwaltung, ihrer Akten und Vorgänge auf mehrere neue Bezirke. So verschieden die einzelnen Vorschläge sind — sie schwanken zwischen sechs oder acht bis zu 12 neuen Bezirken —, so einzig sind sie sich in der Tendenz, wirkliche Großbezirke, Großstädte mit mehreren hunderttausend Einwohnern, als untere Verwaltungseinheiten zu schaffen. Gegen diese Tendenz richtet sich der hauptsächlichste Widerstand der Gegner der Reform. Man zweifelt an der Zweckmäßigkeit solcher Großbezirke und verweist darauf, daß im Westen Deutschlands Städte mit ähnlich hohen Einwohnerziffern bereits vor das Problem der Dezentralisation ihrer Verwaltung gestellt seien.

Durch eine Verringerung der Bezirksverfassung und -inteilung würde die Verwaltung entschieden verbilligt und vereinfacht werden. Die Verbilligung sieht man nicht nur in dem Fortfall einiger hochbezahlter Stadtratssitze, sondern in der Vereinfachung des gesamten Verwaltungsapparates. Wesentliche Vorgänge in benachbarten Verwaltungsbezirken könnten in Zukunft einheitlich bearbeitet werden.

**Die Eingliederung der Bezirksbürgermeister in den Magistrat würde eine wertvolle Einheitslichkeit der Verwaltung gewährleisten.**

Der Fortfall des Zweitemensystems würde eine erhebliche Vereinfachung und Arbeitsentlastung mit sich bringen. Der Geschäftsgang könnte beschleunigt werden. All dies wird von den Gegnern der Reform entschieden bestritten. Man glaubt, daß etwa fortfallende Stadtratssitze durch eine größere Anzahl höherer Beamter wieder ausgeglichen werden würden und daß kaum eine der bestehenden Dienststellen entbehrlich sei, wenn man der Einwohnerschaft nicht unerträglich weite Wege zumuten wolle.

# Kehraus mit Hitler!

## Unsere nächsten Veranstaltungen:

### Donnerstag, den 7. April:

- 7. Kreis — Charlottenburg. 19 1/2 Uhr im „Türkischen Zeit“, Berliner Straße 55, öffentliche Kundgebung. Referent: Dr. Richard Lohmann, MdL.
- Spandau. 19 1/2 Uhr in der Jubiläumsturnhalle, Moltkestraße, öffentliche Kundgebung. Referent: Kurt Heinig, MdL., Ernst Hildebrandt.
- 11. Kreis — Schöneberg. 19 1/2 Uhr, öffentliche Kundgebung in der Hohenzollernschule, Belgischer Straße Ecke Eisenacher Straße. Referent: Dr. Richard Mischler.
- 12. Kreis — Steglitz. 19 1/2 Uhr in den „Lichterfelder Festsälen“, Zehlendorfer Straße 5, öffentliche Kundgebung. Referent: Dr. Haubach.
- Dahlem-Dorf und Umgegend. 20 Uhr im Lokal Schilling am U-Bahnhof Dahlem. „Eisenerne-Front-Kundgebung“. Referent: Dr. Pahl.
- Lichtenrade. 20 Uhr bei Rohmann, Hilbertstraße 19. „Eisenerne-Front-Kundgebung“. Referent: Stadtrat Carl Wermuth.

- 128. Abt. — Friedrichsfelde. 20 Uhr bei Tempel, Prinzenallee 45, öffentliche Kundgebung. Referent: Dr. Otto Friedländer.
- 121. Abt. Karlshorst. 20 Uhr im großen Saal des „Deutschen Hauses“ am Bahnhof Karlshorst: „Eisenerne-Front-Veranstaltung“. Referent: Erich Kuttner, MdL.
- 155. Abt. — Buchholz. 20 Uhr bei Kaehne, Berliner Straße 39, öffentliche Kundgebung. Referent: Fritz Schröder.
- Erich und Graetz. 16 1/2 Uhr Betriebskundgebung bei Döhling, Treptow, Eisen-Ecke Kieffholzstraße: „Die Aufgaben der Hammerschaften“. Referent: Max Heydemann.
- Holzmann. 16 1/2 Uhr Betriebskundgebung im Lokal Götze, Hohenschönhausen, Berliner Straße 93: „Der Kampf um Reich und Preußen“. Referent: Emil Barth.
- Potsdamer Bahnhof. 16 1/2 Uhr im Lokal Dornbusch, Bülowstr. 58. Betriebskundgebung. Referentin: Luise Kähler, MdL.

### Sonnabend, den 9. April:

- 155. Abt. — Karow. 20 Uhr bei Meys, Dorfstraße 1, öffentliche Versammlung. Referent: Max Brinitzer.

## Männer und Frauen! Erscheint in Massen!

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat 2, Hof, 3 Treppen rechts, zu richten

### Achtung, Stadtverordnetenfraktion!

Heute, 16 Uhr, außerordentliche Fraktionsitzung im Rathaus, Zimmer 109.

### Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

1. Kreis. Kurfas Bernheim: „Demokratie im Sturm“ heute, 20 Uhr, in der Sophien-Schule, Weinmehlerstraße.
4. Kreis. Am „Einfluß“ finden bis zur Reichspräsidentenwahl täglich 11, 12 1/2 und 14 Uhr Rinnoverführungen bei freiem Eintritt statt. Alle erwerbsfähigen Parteimitglieder werden gebeten, an diesen Vorführungen teilzunehmen und Inaktive mitzubringen.
5. Kreis. Sonntag, 10. April, 11 Uhr, im Zentralwohnhaus an bekannter Stelle.
7. Kreis. Heute, 15 Uhr, Zusammenkunft der erwerbsfähigen Parteimitglieder im Jugendheim Köpenicker Str. 4. „Kämpfe in aller und neuer Zeit“, Referent Genosse Rosenheim.
10. Kreis. Zehlendorf. Der Rufus Dr. Wünnenz fällt am Freitag, 8. April, wegen der Demonstration aus. Fortsetzung am Freitag, 15. April, in der Innenmold-Schule.
14. Abt. Die Genossen treffen sich Freitag um 16 1/2 Uhr in der Grenzstraße, Zehlendorfer Str. Das Banner muß um 14 Uhr in der Grenzstraße am Sammelplatz sein.
15. Abt. Heute Funktionsprüfung bei Oblato, Straßburger Str. 11.
22. Abt. Sonnabend, 9. April, Funktionsprüfung an bekannter Stelle.
30. Abt. Unsere Flugblätterverteilung ist heute, 15 Uhr, Treffpunkt Juristische Gesellschaft, Lindenstr. 4.
44. Abt. Sonnabend, 9. April, 19 Uhr, bei Ewald, Stallter Str. 19, Funktionsprüfung.
55. Abt. 4. Bezirk: 17 Uhr Flugblätterverteilung.
108. Abt. Heute, 15 Uhr, Ausgabe von Flugblättern, Handzettel, Wahlmaterial: Demosatz (Südbahnhof) der Bahn bei Elmer, Köpenicker-Straße 3; Demosatz (Südbahnhof) der Bahn (Achtung, neues Vokal!) bei Schulz, Bohrerstr. 34.
114. Abt. Freitag, 8. April, Funktionsprüfung bei Schwarz, Gabriel-Nag-Str. 17.
117. Abt. Gruppe Hingenberg: Die Flugblätterverteilung findet von jetzt ab vom Genossen Schulz, Köpenicker-Straße 37, aus statt.

In früher Morgenstunde des 3. April entschlief der Ingenieur-Chemiker

## Jegor Bronn

Auf seinen Wunsch fand die Einäscherung in aller Stille statt. Wir bitten, von Beileidsbesuchen abzusehen.

Ida Bronn geb. Altmann  
Fanny Jossifoff geb. Bronn  
Leo Altmann



...Auf dem  
Dankworte  
Wieder  
Gedankens  
Waffen

A. Wiatrak Nachf.  
Hugo Baumgärtner  
50, Köpenicker Straße 75  
O, Warschauer Straße 31  
S, Kottbuser Damm 103  
N, Alte Schönhauser Str. 46  
Steglitz, Bismarckstraße 64a

### Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin

Nachruf  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Schlichter  
**August Kempf**  
geb. 26 August 1883, am 20. März gestorben ist.  
Am 1. April hat unter Leitung der Schlichter  
**Albert Füllrich**  
geb. 21. März 1880.  
Am 10. März hat infolge Unfälle unter Leitung der Schlichter  
**Erwin Plackmayer**  
Seine letzten Augenblicke  
Die Beerdigung haben bereits stattgefunden.  
Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Achtung!  
Verwaltungsmittglieder!  
Am Freitag, dem 8. April 1933, keine Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung.

Besonders wichtig sind die Kleinere Arbeiten in der Werkstatt-Verwaltung billig!

128. Abt. Heute, 20 Uhr, Zehlfeld des 4. Bezirks bei Robet, Berliner Str. 85.  
120. Abt. Heiligensee. Schulhaus. Heute, Donnerstag, 7. April, 20 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Hüner, am Bahnhof Schulhausber. Organisatorische Fragen.

### Frauenveranstaltung.

126. Abt. Heute, Donnerstag, 7. April, 20 Uhr, in der Eindecker Straße, Frauenabend. „Frauenarbeit in den Parlamenten — Frauennachwahl“, Referentin Helene Schmitz, R. d. 2.

### Bezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit.

Der Bezirksausschuß „Die Frau in der gesellschaftlichen Krise der Gegenwart“ von Paula Kutzig fällt am Freitag, 8. April, wegen der Kundgebung im Zentrum aus und wird, wie letztes Mal vereinbart, verlegt auf Donnerstag, 14. April, 19 1/2 Uhr.

### Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Heute, 20 Uhr, Seminar im Rathaus Neukölln.  
Schöneberg: Heute, Donnerstag, 18 Uhr, Kreisfeier bei Genossin Peterlin, Feuerstr. 66.  
Neukölln. Abt. Sturmhöhe: Gruppenabend nach den Ferien ausnahmsweise heute, Donnerstag, ab 17 Uhr in der Karl-Meyer-Schule. Anschließend Hellerbesprechung. — Abt. Lichtkämpfer: Wegen der Demonstration findet der Heimabend für Jung- und Alte fallen schon heute, Donnerstag, 17 Uhr, in der Vorrede Ganghoferstraße statt.  
Kreuzberg. Abt. Südwehr: Wir tagen im Heim Nordstr. 11 wie folgt: Montag von 17—19 Uhr Rehfalten; von 17 1/2—19 1/2 Uhr Jung- und Alte fallen. Dienstag 18—19 Uhr Rehfalten. Mittwoch 17—19 Uhr Rehfalten. Donnerstag 18—19 1/2 Uhr Rehfalten. Freitag 18—19 1/2 Uhr Jungfallen. — Abt. Reichsberger Viertel: Wir tagen im Heim Reichsberger Str. 66 wie folgt: Montag 18—19 Uhr Rehfalten. Dienstag 17 1/2—19 Uhr Instrumentalgruppe. Mittwoch 18—19 Uhr Jungfallen. Donnerstag 17 1/2—19 1/2 Uhr Alte fallen.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

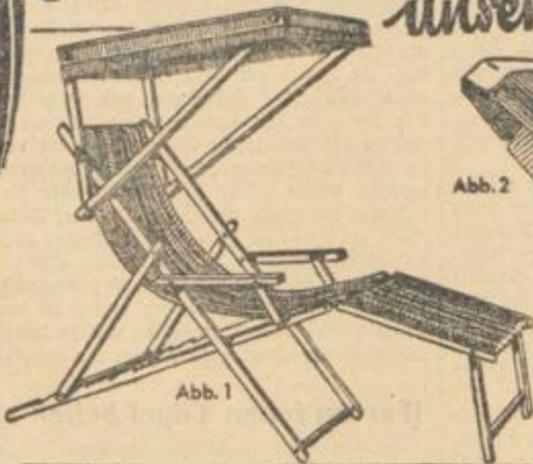
34. Abt. Am Montag, 4. April, verstarb unsere liebe Genossin Luise Sommer, Fochgauer Str. 18-20, im 61. Lebensjahre. Oben ihrem Namen! Die Beerdigung findet am Donnerstag, 7. April, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde, 15 Uhr, statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten die Abteilungsleiter.

91. Abt. Am 4. April verstarb unter Genosse Wilhelm Dietrich, 41. Bezirk, im 63. Lebensjahre. Oben seinem Namen! Beerdigung Donnerstag, 14. April, auf dem Friedhof Mariendorfer Weg.

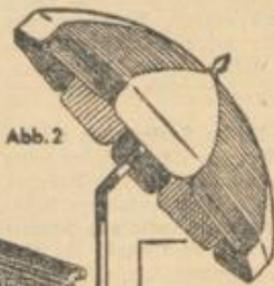
## Für unseren Schuhreparaturbetrieb Meister gesucht,

welcher schon bisher in großem Reparaturbetrieb tätig war. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf an:  
**SALAMANDER Aktiengesellschaft**  
Berlin C 2, Königstraße 46/47.

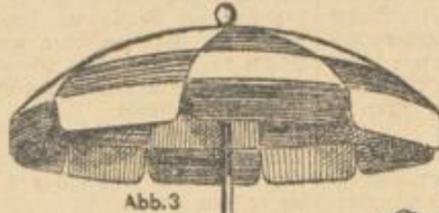
# Einige Jubiläumswünsche-Angebote unserer Korbwaren-Abteilung!



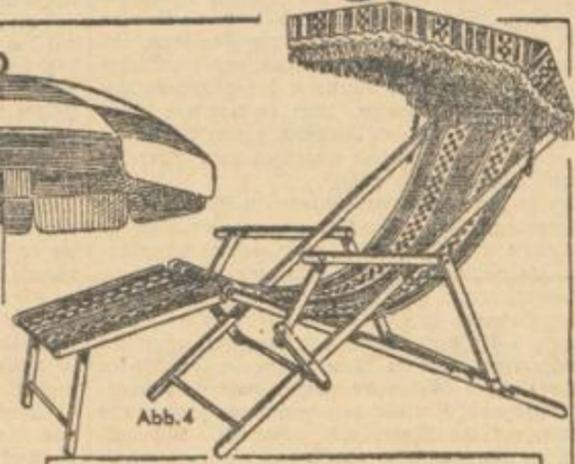
Liegestuhl (Abb. 1), extra groß, mit buntem, starken Bezug, Marke „Naether“, mit Sonnendach 13,75 ohne Sonnendach 8,50



Balkonschirm (Abb. 2), ca. 150 cm Durchmesser, mit Knickvorrichtung, zweifarbiger Körper..... 8,75



Balkonschirm (Abb. 3), ca. 180 cm Durchmesser, mit Knickvorrichtung, zweifarbiger Körper..... 12,75



Liegestuhl (Abb. 4), mit buntem Bezug, moderne Form, 9,75 ohne Sonnendach 6,90



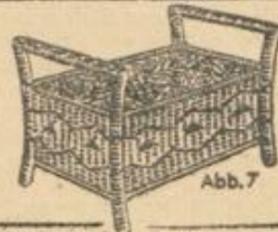
Holzklappstuhl (Abb. 5), naturbelassen, bequeme Form 4,50



Wochenend- oder Sportstuhl (Abb. 6), Marke „Naether“, sehr solide Ausführung, bequem zusammenlegbar, kleines Format..... 6,75



Wulstessel (Abb. 8), großes Format, Peddig, dicht, starkes Rohr, solide Verarbeitung..... 7,90



Wäschetruhe (Abb. 7), gepolstert und gefüttert, mit Ledergriffen..... 7,50



7,90



Federpolstersessel (Abb. 9), Peddigwidlung 5,75

Verkauf sowohl vom

Mengenabgabe vorbehalten

Auf Wunsch Kredit durch  
Kaufkredit A.-G., Zürich Zweigniederlassung Berlin  
Markgrafenstraße 28

# Hermann Rietsch



Minister Schlange rechnet ab.

„Die wirtschaftlichen und politischen Scheuklappen der Landwirtschaft.“

Reichsminister Schlange-Schöningen, der Reichskommissar für die Osthilfe, wandte sich gestern im Ostmarken-Rundfunk in längeren Ausführungen an die ostpreussische Bevölkerung. Die Worte des Ministers ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Mit besonderem Nachdruck wies der Minister auf die ungeheuren Opfer hin, die das verarmte deutsche Volk in seiner Gesamtheit für den Osten aufgebracht hat.

Der Redner führte im einzelnen aus: „Mag man politisch stehen, wo man will, aber man muß der Wahrheit die Ehre geben, daß

keine Regierung in Deutschland so entschlossen für die Rettung des Ostens eingetreten ist wie das jetzige Reichskabinett.

Das Sicherungsverfahren gegen Zwangsversteigerungen ist ganz zweifellos einer der härtesten Eingriffe, die jemals zugunsten eines Berufsstandes im Wirtschaftsleben eines kultivierten Volkes durchgeführt wurden. Kein Agitationsredner brauche darüber die Regierung zu belehren, daß damit die östliche Landwirtschaft noch nicht aus der Krise befreit sei. Niemand aber könne bestreiten, daß damit zunächst einmal der absolute Verfall von rund 60 000 Agrarbetrieben aufgehalten worden sei. Der Weg zur Befundung könne nicht von heute auf morgen kommen, sondern nur in langwieriger, zäher Arbeit. Und auch dann nur, wenn die Landwirtschaft allmählich selbst anfangen, die Dinge nicht nur parteipolitisch zu sehen, sondern sachlich mitzuarbeiten. Die Umschuldung könne natürlich nur für die Betriebe, die noch sanierungsfähig seien, in Frage kommen. Bei den anderen Betrieben werde jene Siedlungspolitik im großen Stil durchgeführt, die der Osten brauche und die z. B. auch ein Antrag der Deutschnationalen im Provinziallandtag von Pommern vor einigen Tagen gefordert hatte. Der Minister erklärte hierzu, er nehme es als selbstverständlich an, daß der Antrag nicht nur aus agitatorischen Gründen erfolgt sei.

Eine Hauptfrage der nächsten Zeit sei es, sowohl Genossenschaften wie Handel und Gewerbe im Osthilfegebiet wieder flott zu machen. Auch müsse man auf einen besonderen Schutz der Landwirtschaft bedacht sein, damit die Grundlagen einer gesunden Sozialpolitik erhalten bleiben.

Man könne heute nur mit der Arbeiterschaft gemeinsam leben oder gemeinsam zugrunde gehen.

Die gemeinsame praktische Arbeit zum Wiederaufbau würde um so eher Früchte tragen, wenn der agrarische Berufsstand aufhört, politisch und wirtschaftlich mit Scheuklappen durch die Welt zu laufen. Der Landwirtschaft in der ganzen Welt geht es keineswegs besser als der deutschen, und es ist doch so, daß es in Deutschland nicht etwa den Landwirten allein schlecht geht, sondern dem ganzen Volke.

Wie muß es aber auf das ganze Volk wirken, wenn eine verwilderte Agitation in dem Augenblick behauptet, die Reichsregierung läßt dem Verfall des Ostens tatenlos zu, wo die Regierung eben im Begriff ist, 600 Millionen Mark zur Entschuldung und Ernestsicherung in die östliche Landwirtschaft hineinzulassen zu lassen. Wenn die Landwirte dieser verwilderten Agitation so urteillos wie bisher verfallen, so graben sie sich damit nur ihr eigenes Grab.

Kleiner Verlust bei Hüttenwerk Kayser.

Die Hüttenwerke Wilhelm Kayser-Niederschöneweide A.-G. schließt das Geschäftsjahr 1931 mit einem Verlust von 217 000 M. ab, während im vorhergehenden Jahr eine Dividende von 6 Proz. ausgeschüttet wurde. Unter Verwendung des Gewinnvortrages von 1930 in Höhe von rund 144 000 M. verringert sich der Verlust auf knapp 73 000 M.

Trotz der zerrütteten Verhältnisse auf dem Metallmarkt haben die Betriebe des Unternehmens auch im letzten Jahr noch befriedigend arbeiten können. Nur die weitere Verengung der Preisspanne zwischen Alt- und Neumetall — ein wichtiger Betriebszweig des Unternehmens ist die Verhüttung von Almetall — hat sich natürlich ertragsrückend fühlbar gemacht. Die zur Zeit vorhandenen Auftragsbestände sichern den Betrieben für absehbare Zeit Beschäftigung. Die Verluste sind 1931 im wesentlichen durch die Kundschaft entstanden, da ein industrieller Großkunde zusammenbrach und ferner ein Liefervertrag, auf den das Werk bereits größere Vorrichtungszahlungen geleistet hatte, nicht zur Ausführung gelangte.

Der Vergleichsvorschlag von Junkers.

Professor Junkers hat am Mittwoch bei dem Amtsgericht Dessau den Vergleichsvorschlag eingereicht. Von den Junkers-Werken wird hierzu eine Erklärung veröffentlicht, wonach Professor Junkers für die Firmen Forschungsanstalt Hauptbüro Junkers-Werke, Junkers u. Co. und Kolonialfirmen den Vergleichsvorschlag eingereicht hat, nachdem die Mehrheit der Gläubiger ihr Einverständnis mit der Eröffnung des Vergleichsverfahrens gegeben hat. Die übrigen Werke des Junkers-Konzerns, die Flugzeugwerk A.-G. und Motorenbau G. m. b. H. werden vermutlich noch im Laufe der Woche gleichfalls den Vergleichsantrag stellen.

Der Vergleichsvorschlag von Professor Junkers sieht einen Zahlungsausschub (Moratorium) von einem Jahre vor, und zwar soll der vom Gericht ernannte Gläubigerausschub in dieser Zeit Einblick in die Geschäftsführung erhalten und die Abwicklung des Moratoriums überwachen. Diese Schonzeit soll dazu benutzt werden, die Verhandlungen über Zuführung neuer Betriebsmittel abzuschließen und die verschiedenen Reformmaßnahmen zur Auswirkung zu bringen, bevor die notwendige Sanierung sowie die Befestigung der Vergleichsquoten erfolgt.

Auch S. Adam legt Vergleichsvorschlag vor.

Die Inhaber des bekannten Berliner Kaufhauses S. Adam haben jetzt ihren Gläubigern den schon seit längerem erwarteten Vergleichsvorschlag unterbreitet. Nach einer Mitteilung des „Konfessionar“ ist in dem Vergleichsvorschlag vorgesehen, sämtliche Vermögenswerte der Firma unter Aufsicht eines Treu-

Kreuger als Menetekel.

Die Lehren aus Kreugers Bilanzfälschung. — Internationales Bilanzrecht und Sozialismus.

In einem deutschen Blatt erschien eine Artikelserie über Ivar Kreuger, in der auch versucht wurde, die wahre Ursache des Selbstmordes aufzudecken. Diese Ursache soll „Verzweiflung an der Menschheit“ gewesen sein. Auch sonst entstanden um die zweifellos ungewöhnliche Persönlichkeit von Kreuger sentimentale Legenden. Diesen Legenden war nur ein kurzes Leben gegönnt. Der vorläufige Bericht der Revisionsfirma Price Waterhouse and Co. läßt das Schicksal von Kreuger in einem ganz andern Licht erscheinen. Schon die Bilanz der A. B. Kreuger and Toll für 1930 war gefälscht, und die Schuld an der Bilanzfälschung trug Ivar Kreuger selbst.

„Es steht außer Zweifel“, heißt es im Bericht der Revisionsfirma, „daß die Bilanz der Gesellschaft per 31. Dezember 1930, obwohl sie mit den Büchern übereinstimmt, doch ein vollkommen unrichtiges Bild der wirklichen finanziellen Lage gibt. Gemäß den persönlichen Direktiven von Ingenieur Kreuger wurden in den Büchern Eintragungen vorgenommen, wodurch einerseits die Forderungen der Gesellschaft an Ivar Kreuger sowie nahestehende Gesellschaften beseitigt wurden, und andererseits die eigenen Schulden der Gesellschaft an andere nahestehende Gesellschaften verschmunden sind, oder Buchhaltiva in bedeutenden Beträgen neugeschaffen wurden... Diese Buchmanipulationen scheinen sich auch auf die Gewinn- und Verlustkonten der Gesellschaft erstreckt zu haben. Durch fiktive Posten wurde eine bemerkenswerte Erhöhung des Gewinns für das Jahr 1930 geschaffen.“

Es handelt sich also um Fälschungen der primitivsten und schlimmsten Art, die am wenigsten durch eine „Verzweiflung an der Menschheit“ erklärt werden dürfen. Trotzdem wäre es, glauben wir, falsch, jetzt Ivar Kreuger, dessen persönliche Eigenschaften ja gerühmt wurden und seinem Konzern viel Vertrauen gewonnen haben, nachträglich als einen ordinären Betrüger darzustellen. Das vor Ivar Kreuger sicher nicht. Freilich nicht aus Liebe zur Menschheit, aber auch nicht bloß aus natter Geldgier verjuchte dieser erfolgreichste der Kapitalisten unserer Zeit mit allen und schließlich mit ausgesprochen strafbaren Mitteln sein Werk zu halten. Indem er gegen die ungeschriebenen Gesetze verstieß, diente er dem wichtigsten ungeschriebenen Gesetz der Gesellschaft, die selbst ihr Handeln durch jene geschriebenen Gesetze geordnet hatte, — dem Gesetz der kapitalistischen Macht.

Kreuger führte einen verzweifellen Kampf um die Erhaltung seiner Machtstellung, die zugleich als höchste Offenbarung der kapitalistischen Genialität erschien.

Neben der strengen bürgerlichen Moral und neben den Vorschriften des Strafbüchchens gilt in dieser Gesellschaft als oberste Norm der Erfolg. Die Sieger werden nicht verurteilt. Verbrecher ist, wer scheitert. Wenn man das Entstehen der großen Vermögen genau unteruchen und nach den strengen Grundgesetzen des Rechts und der Moral prüfen würde, wie viele der ungekrönten Könige der kapitalistischen Welt würden dieser Prüfung standhalten? Der ungekrönte König Ivar Kreuger schien auf seinem Wege zur Macht seine Sauberkeit erhalten zu haben; um die errungene Machtstellung zu retten, ist er ein Bilanzfälscher geworden.

Die kapitalistische Wirtschaft wird durch das Streben nach Gewinn angetrieben. Auf den Höhen der kapitalistischen Welt erscheint dieses Gewinnstreben als Machtstreben. „Mehr Gewinn“ muß nicht immer „mehr Luxus“ bedeuten, aber immer, solange der Kapitalismus besteht, „mehr Macht“. Es sind Beispiele von Kapitalisten bekannt, die persönlich sehr bescheiden, ja nahezu asketisch lebten. Von brennender Machtgier und vom Stolz der Machthaber erfüllt waren sie alle. Dieser Stolz scheint es nicht zu erlauben, daß eine erlittene Schlappe offen zugestanden wird. Ein solcher Machtgier findet nicht einmal den Mut, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß sein Unternehmen nicht absolut krisenfest ist.

Das Schicksal solcher Persönlichkeiten kann psychologisch ungemün interessiert sein, es kann einem Dichter und Soziologen einen ungewöhnlich dankbaren Stoff bieten. Man darf aber nicht den ganzen Stoff den Psychologen und den Dichtern überlassen, da es sich um Dinge von ganz großer praktischer Bedeutung handelt.

Der Selbstmord Kreugers hat schändliche Nachwirkungen für die Wirtschaft der ganzen Welt gehabt. Es sei hier daran erinnert, daß durch diesen Selbstmord der günstige Eindruck der ersten deutschen

Präsidentenwahl sofort zunichte gemacht wurde. Die Enthüllungen über die Bilanzfälschungen bedeuten eine neue Vertiefung der Vertrauenskrise, und ihre Wirkung kann sehr nachhaltig werden. Wie kann man erwarten, daß die Angst vor der Festlegung des geparteten Geldes in Kapitalanlagen überwunden wird, wenn allmählich der Eindruck entsteht, daß die Erzeugung falscher Bilanzen zum wichtigsten Zweig der kapitalistischen Produktion geworden ist?

Zu wem darf man Vertrauen haben, wenn sogar Kreuger die ganze Welt belogen hat?

Dieser Zustand stellt schon an sich eine vernichtende Kritik der kapitalistischen Wirtschaft dar, zumal er offensichtlich aus den mächtigsten Triebkräften des kapitalistischen Handelns entsteht.

Die Wiederbelebung der Wirtschaft läßt sich aber nicht bis zur Beseitigung des Kapitalismus vertagen. Es ist unmöglich, den Kapitalismus zu einer krisenlosen Wirtschaft zu gestalten, und der Weg aus der gegenwärtigen furchtbaren Not muß durch die Überwindung der Vertrauenskrise führen. Es klingt vielleicht zu nüchtern, muß aber ausgesprochen werden, daß die Lehren aus dem Fall Kreuger

eine grundlegende Änderung der Publizität der kapitalistischen Unternehmungen

notwendig machen — und nicht nur in diesem oder jenem Lande, sondern international. Der Kreuger-Konzern war keine Angelegenheit eines einzelnen Landes. Sein Zusammenbruch wirkt in der Wirtschaft der ganzen Welt. Seine Bilanzfälschungen verschärfen die internationale Vertrauenskrise. Daraus ergibt sich die Forderung nach einer internationalen Vereinbarung über die Publizitätsvorschriften, die eine wirkliche Durchleuchtung der Lage der Unternehmungen sichern müssen und über die Organisation einer wirklichen Kontrolle, da ohne solche Kontrolle die besten Vorschriften nur ein feines Papier bleiben würden.

Indem wir eine solche Reform im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft verlangen, sagen wir auch heute mit allem Nachdruck, daß eine vollkommene Heilung der unerträglichsten Uebel der gegenwärtigen Wirtschaft in diesem Rahmen nicht erzielt werden kann. Ivar Kreuger hat selbst sein eigenes Todesurteil ausgesprochen und vollstreckt. Es ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung, dafür zu sorgen, daß das Vermächtnis Ivar Kreugers zum Todesurteil für den Kapitalismus wird.

„Ein Trauerspiel für Schweden.“

Unabsehbare Folgen der Bilanzfälschung. Die Mitteilungen der Untersuchungskommission über die Bilanzfälschungen Ivar Kreugers haben auf die schwedische Öffentlichkeit vernichtend gewirkt. Aber auch außerhalb Schwedens hat der Bericht der Untersuchungskommission wie eine Bombe eingeschlagen, obwohl schon die erste Verlautbarung der Sachverständigen die Möglichkeit für kommende peinliche Enthüllungen offen ließ.

In der schwedischen Öffentlichkeit ist der Eindruck um so niederschmetternder, als sich in den letzten Tagen eine gewisse Beruhigung in der Kreuger-Angelegenheit durchgelebt hatte. Hierzu hatte im wesentlichen auch die jetzt beschlossene Stützungsaktion der schwedischen Regierung für die Skandinaviska Bank in Höhe von 215 Millionen Schwedenkronen beigetragen. Die Bekanntgabe der umfangreichen Bilanzfälschungen hat jedoch zu einem neuen scharfen Kurssturz der Kreuger-Werte an der Stockholmer Börse geführt. Nach einer Aufstellung der „Schwedischen Finanzzeitschrift“ betragen die Wertverluste an der Stockholmer Börse seit dem Ausbruch der historisch gewordenen New Yorker Börsenkatastrophe im Oktober 1929 mehr als 3,1 Milliarden Kronen. Allein seit Jahresbeginn sind infolge des Kreuger-Zusammenbruches Wertverluste von 1,18 Milliarden Kronen entstanden. Wahgebende schwedische Zeitungen glauben, daß das gesamte Vermögen der Kreuger u. Toll A.G., der Zentralgesellschaft des Konzerns, als verloren anzusehen ist. Die Entwicklung der Kreuger-Angelegenheit wird als ein wahres Trauerspiel für Schweden bezeichnet und die gesamte Presse ist sich darin einig, daß nur rücksichtslose Aufdeckung und Klarlegung der Verhältnisse noch Schlimmeres verhüten kann.

Die Lage bei Hamburg-Süd.

Neue Reichssubvention in Höhe von 25 Millionen Mark. Jetzt wird bekannt, daß die erste Reichssubvention für die Schiffsahrt in Höhe von 77 Millionen Mark nicht ausreichen wird, um auch noch die Bilanzen der Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft und der Hansa zu bereinigen. Man spricht von einer bevorstehenden Erhöhung der Reichsbürgschaft für Schiffsredite um 25 Millionen Mark, die diesen beiden Gesellschaften zugute kommen sollen.

Zunächst hat die Reichskreditgesellschaft der Hamburg-Süd einen Ueberbrückungskredit von einer Million Mark gegen Schiffshypotheken einräumen müssen, damit der Betriebsverlust des letzten Jahres ausgeglichen werden kann. Die Hamburg-Süd hat aber erst im Jahre 1931 zwei neue Schiffe in Betrieb genommen, die etwa 23 Millionen Mark kosteten, wofür die neuen Kredite notwendig werden, zumal aus den früheren Jahren nicht unerhebliche Schulden vorhanden sind. Wir halten es für selbstverständlich, daß eine Reichshilfe in irgendeiner Form erst dann gewährt wird, wenn die Aktionäre das ihrige zur Bilanzbereinigung beigetragen haben. Unerlässlich ist, daß die Inhaber der Schiffaktien die ausstehenden 75 Proz. ihrer Aktienbeteiligung (75 Millionen Mark) nachzahlen und daß das Aktientapital in dem für Hapag-Flottille vorgesehenen Ausmaß herabgekehrt wird.

Verlängerte Bergbauubventionen. Die Befreiung der im Steinkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten und ihrer Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist über den 31. März bis zum 30. Juni 1932 verlängert worden.

